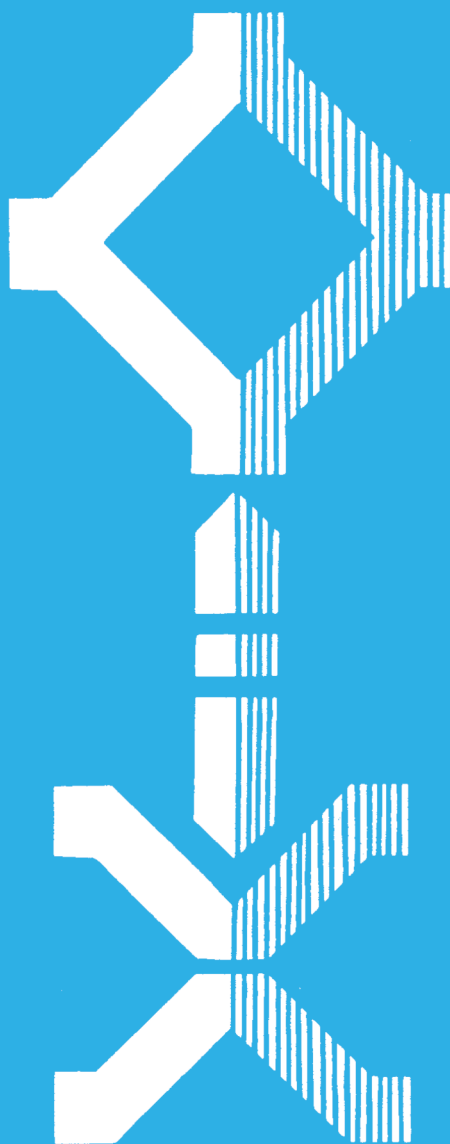




Fragen der Freiheit

Freiburger Schule
Generationen-
vertrag, Deflation

Heft 251
Juli–
September 1999

»Den Stoff sieht jedermann vor sich,
den Gehalt findet nur der,
der etwas dazu zu tun hat,
und die Form ist ein Geheimnis
der Meister«

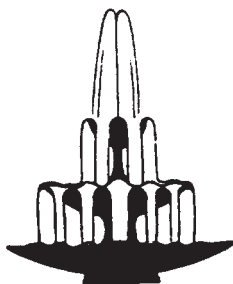
Goethe

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 251

Juli–September 1999



seit 1957

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.
Badstraße 35, D-73087 Bad Boll, Telefon (0 71 64) 35 73

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>Hans Otto Lenel</i>	
Über die Freiburger Schule und ihre Bedeutung für die Wirtschaftspolitik	3–14
<i>Julian von Landesberger und Franziska Schobert</i>	
Liquiditätsfalle, Deflation und Vermögenseffekte	15–42
<i>Kurt Biedenkopf</i>	
Das Verhältnis der Generationen – Solidarität oder Konflikt?	43–63
Tagungsankündigung	64
Die Autoren dieses Heftes	63

Über die Freiburger Schule und ihre Bedeutung für die Wirtschaftspolitik¹

Hans Otto Lenel

Die Bedeutung der Freiburger Schule für die Wirtschaftspolitik ist ohne Kenntnis ihrer theoretischen Konzeption nicht zu verstehen. Ich meine, daß auch Herkunft, Ausbildung und Gedanken derjenigen, die sie schufen, für dieses Verständnis wichtig sind. Ich will deshalb in meinem Vortrag auch dies behandeln – wenn auch nur kurz.

Wie die Freiburger Schule abzugrenzen ist, ist nicht klar, vielleicht sogar strittig. Zu ihrer ersten Generation gehörten jedenfalls der Nationalökonom Walter Eucken, der Jurist Franz Böhm und der im Zweiten Weltkrieg gefallene Jurist Hans Großmann-Doerth. Wegen seines frühen Todes werde ich über die Mitwirkung des letzteren nicht viel sprechen. Ich werde mich überwiegend mit den beiden zuerst Genannten – also mit Eucken und Böhm – befassen. Alle drei sind in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts geboren, alle drei waren eindrucksvolle Persönlichkeiten und lehrten an der Freiburger Universität. Eucken und Großmann-Doerth bis zu ihrem Tod bzw. bis zum Beginn des Kriegsdienstes, Böhm nur vorübergehend.

Die Drei fanden Anfang der 30er Jahre zusammen und publizierten 1937 gemeinsam die Einleitung »Unsere Aufgabe« zum ersten Band der gemeinsam herausgegebenen Reihe »Ordnung der Wirtschaft«. Dieser Band enthält außerdem die Arbeit von Franz Böhm mit dem wegweisenden Titel »Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung«. Ordnungstheorie und Ordnungspolitik sind die Schwerpunkte der Konzeption der Freiburger Schule. Manche betonen die engen Beziehungen der Schule zu Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke oder auch zusätzlich zu Alfred Müller-Armack und Friedrich August von Hayek. Mit Hayek – vor allem in seinen jüngeren Jahren – gab es viele Berührungspunkte, aber er neigte doch – zumal im Alter – stärker als die drei anderen zu einem wenig eingeschränkten Laissez-faire und er betonte auch die Bedeutung des spontanen Handelns für Ordnung und Prozeß der Wirtschaft stärker als die bisher Genannten. Müller-Armack trat anders als die bisher Genannten erst nach dem Zweiten Weltkrieg mit ordnungspolitischen Äußerungen in Erscheinung. Auch spielte die Sozialpolitik bei ihm eine

¹) Vortrag, gehalten auf der Tagung »Landwirtschaft zwischen Ökonomie und Ökologie« des Seminars für freiheitliche Ordnung am 28. November 1998 in Bad Boll.

größere Rolle als bei den anderen, von denen Hayek derjenige war, der der Sozialpolitik am skeptischsten gegenübertrat.

Die engsten Beziehungen Böhms und Euckens bestanden gegenüber Röpke und Rüstow. Ihnen gegenüber ist die Abgrenzung der Konzeptionen deshalb schwieriger. Röpke, wenige Jahre jünger als die bisher Genannten, hat das Anliegen der Freiburger Schule im engeren Sinn durch eine Reihe von Büchern und Aufsätzen erheblich unterstützt. Ebenso wie Rüstow ist Röpke nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten nach Istanbul emigriert. Während aber Rüstow erst nach dem Krieg nach Heidelberg zurückkehrte, zog Röpke relativ bald nach Genf und blieb auch dort.

Ebenso wie Eucken trat auch Rüstow schon 1931 mit Gedanken einer liberalen Reform hervor. Das Studium von Rüstow – des ältesten der bisher Erwähnten, Jahrgang 1885 – hatte anders als bei den übrigen weder Nationalökonomie noch Jura als Schwerpunkt. Aber nach dem Ersten Weltkrieg war er ökonomisch tätig, zunächst beim Reichswirtschaftsministerium, dann als wirtschaftspolitischer Berater des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten. Sein Diskussionsbeitrag »Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftspolitischen Liberalismus« auf der Dresdner Tagung des Vereins für Socialpolitik 1932 enthält ähnliche Gedanken wie die von Eucken in seinem im gleichen Jahr erschienenen Aufsatz »Staatliche Strukturwandlungen und die Krise des Kapitalismus«. Rüstow wandte sich in seinem Vortrag gegen die Erhaltungsinterventionen und Erhaltungssubventionen. Eucken äußerte bei seiner Kritik an einem Staat, der unter dem Einfluß der Interessenten schwach geworden war, erstmals in erheblichem Maße ordnungspolitische und -theoretische Ideen.

Eucken und Rüstow führten einen umfangreichen, beim Bundesarchiv weitgehend erhaltenen Schriftwechsel, spätestens seit 1928. Es ging dabei zunächst überwiegend um jeweils relevante wirtschaftspolitische Einzelfragen, während des Kriegs dann um einen Gedankenaustausch über je ein Buch, an dem jeder der beiden arbeitete: Eucken an den »Grundlagen der Nationalökonomie«, später an den »Grundsätzen der Wirtschaftspolitik« (darauf komme ich noch zurück), Rüstow an seiner »Ortsbestimmung der Gegenwart«.

Auch mit Röpke wechselte Eucken Briefe. Ich kenne nur das Veröffentlichte. Danach begann die Korrespondenz wahrscheinlich später als die mit Rüstow, spätestens 1937. Im Februar 1941 berichtete Eucken Röpke in einem Brief von einer weitgehenden Übereinstimmung bei wissenschaftlichen Problemen. 1948 schreibt er von der Arbeit der beiden an einem gemeinsamen Werk. Aus seinen Bemerkungen lassen sich die engen Beziehungen erkennen. Röpke hat viel Einschlägiges publiziert. Das erste einschlägige Buch »Die Gesellschaftskrise der Gegenwart« ist 1942 erschienen, »Civitas humana« folgte zwei Jahre später.

Und nun etwas Näheres über Eucken und Böhm. Von einer systematischen Schilderung des Lebens der beiden sehe ich ab. Sie können, wenn Sie wollen, in der Diskussion Fragen stellen. Walter Eucken, Sohn des Philosophen und Literaturnobelpreisträgers Rudolf Eucken, studierte Nationalökonomie und promovierte schon vor dem Ersten Weltkrieg in Bonn. Nach dem Kriegsdienst habilitierte er sich 1921 in Berlin. Doktor- und Habilitationsvater war Hermann Schumacher, ein Anhänger der historischen Schule der Nationalökonomie. Aber Eucken distanzierte sich von dieser Schule, als er ihr Versagen gegenüber der Inflation nach dem Ersten Weltkrieg bemerkte. Er verfaßte damals seine erste theoretisch fundierte Schrift »Kritische Betrachtungen zum deutschen Geldproblem«. Er machte darin klar, daß die vorherrschende Erklärung der damaligen Inflation mit der Passivität der deutschen Zahlungsbilanz falsch war. Vielmehr waren die Defizite der öffentlichen Haushalte und ihre Finanzierung und die Aufblähung der Bankkredite durch zu niedrige Zinsen ihre Ursache. Die Therapie war dann klar: Die öffentlichen Haushalte müssen ausgeglichen und die Zinsen erhöht werden. Nach seiner Habilitation war Eucken zunächst in einem Industrieverband tätig. Dann wurde er Professor der Volkswirtschaftslehre in Tübingen und zwei Jahre später, 1927, in Freiburg, wo er bis zu seinem frühen Tod 1950 blieb.

Eucken war kein großer Redner, aber dennoch ein sehr guter Lehrer. Er verstand, das Wesentliche einfach und doch klar vorzutragen. Böhm schrieb, er habe einen großartigen Blick für das Einfache und Wichtige gehabt. Diejenigen, welche ihm begegneten, beeindruckte Eucken nicht nur als hervorragender Gelehrter, sondern auch durch seine Persönlichkeit. Mut, Rechtschaffenheit, Verantwortungsbewußtsein, einerseits scharfes abstraktes Denken, andererseits auch lebendiges Interesse an konkreten Problemen, insbesondere der wirtschaftlichen Wirklichkeit, kennzeichneten ihn. Mit seiner nächsten größeren Veröffentlichung, den »Kapitaltheoretischen Untersuchungen« von 1934 setzte Eucken sein theoretisches Werk fort. Aber bevor dieses Buch erschien, kam die Verbindung zu Böhm und zu Großmann-Doerth zustande.

Franz Böhm, Sohn eines badischen Juristen und späteren Ministers, hatte in Freiburg Jura studiert und wurde nach den beiden juristischen Staatsexamina 1924 Staatsanwalt am Landgericht Freiburg. Aber dort hat er kaum gearbeitet. Schon nach wenigen Monaten wurde er nämlich für eine Tätigkeit als Referent in der Kartellabteilung des Reichswirtschaftsministeriums beurlaubt. Neben dieser Tätigkeit verfaßte er seine durch sie angeregte Dissertation »Der Kampf des Monopolisten mit dem Außenseiter«. Dieses Thema gehört schon zum Schwerpunkt seiner späteren wissenschaftlichen Tätigkeit. 1931 wurde er erneut beurlaubt, diesmal für

die Habilitation. Referenten für die Habilitationsschrift waren der neu nach Freiburg berufene Hans Großmann-Doerth und Walter Eucken.

Nun begann die Zusammenarbeit der Drei. Sie veranstalteten für die Studenten sehr anregende Gemeinschaftsseminare. Ich konnte in der zweiten Hälfte der 30er Jahre daran teilnehmen, leider ohne Böhm, der ab Sommersemester 1936 einen Lehrstuhl in Jena vertrat. 1937 erschien dann das einleitend erwähnte Vorwort zu einer neuen Schriftenreihe. Als ihre Aufgabe betrachteten die Drei, »daran mitzuarbeiten, daß« Rechtswissenschaft und Nationalökonomie wieder »zu gestaltenden Mächten« werden, damit nicht »andere, weniger berufene Ratgeber an ihre Stelle« treten, die Interessenten(a.a.O.S.VIII) – wie das in den 20er Jahren zu beobachten war.

Als Ursache jener Änderung der Ratgeber betrachteten die Drei das Versagen der historischen Schule der Nationalökonomie wegen deren Verzicht auf theoretische Analyse und ihrem zu großen Vertrauen den spontanen Kräften der Individuen gegenüber. Sie wollten »die wissenschaftliche Vernunft ... zur Wirkung bringen« (a.a.O.S.VIII), die Antworten auf alle rechts- und wirtschaftspolitischen Fragen an der Idee der Wirtschaftsverfassung ausrichten und damit den Gesamtzusammenhang berücksichtigen. Die relativistische Haltlosigkeit und das fatalistische Hinnehmen der Fakten sollten überwunden werden.

Diese wissenschaftstheoretischen Überlegungen hat Eucken später in seinen »Grundlagen der Nationalökonomie« weiterentwickelt. Unter Wirtschaftsverfassung verstanden die Drei eine politische Gesamtentscheidung über die Ordnung des Wirtschaftslebens der betreffenden Volkswirtschaft. Davon zu unterscheiden sind die faktische und die durch jene Gesamtentscheidung erstrebte Wirtschaftsordnung. Sie ist jeweils gekennzeichnet durch das gegebene System von relevanten – gesetzten oder spontan entstandenen – Regeln und durch typische Strukturelemente. In den »Grundlagen« bezeichnete es Eucken später etwas anders: als die »Gesamtheit der jeweils realisierten Formen, in denen der Wirtschaftsprozess alltäglich abläuft« (1950, S. 51). Beides soll darstellen, daß die Ordnung einen Rahmen setzt, innerhalb dessen der Wirtschaftsprozess abläuft.

Schon bald nach dieser Veröffentlichung, im ersten Halbjahr 1938, wurde Böhm wegen einer kritischen Äußerung zur Judenpolitik gezwungen, seine Vertretungstätigkeit zu beenden. Etwas später wurde ihm deswegen sogar die Lehrbefugnis entzogen. Er war denunziert worden. Eucken veröffentlichte 1940 seine »Grundlagen der Nationalökonomie«. Sie sind sein hervorragendstes, von ihm selbst noch zu Endegeführtes Werk.

Es ging Eucken um zweierlei:

Erstens wollte er die wirtschaftliche Wirklichkeit mit Hilfe der Theorie analysieren und so auch die Wirtschaftspolitik und insbesondere die Ordnungspolitik befruchten, wie das in Ansätzen schon in dem Vorwort der Drei 1937 vorgesehen war.

Zweitens mußte er für diese Analyse herausarbeiten, wie hierfür die Theorie beschaffen sein müsse und wie man diese Theorie gewinnen kann. Manche Abschnitte des Buchs behandeln beides.

Das Zweite kann man trotz der Ablehnung durch Eucken als ein methodologisches, wissenschaftstheoretisches Anliegen bezeichnen. Freilich verfaßte er dies nicht um der Methodologie willen, sondern zwecks Analyse der wirtschaftlichen Wirklichkeit. Ich muß heute diesen methodologischen Teil von Euckens Buch vernachlässigen.

Das Erste, die Analyse, ist für die Charakterisierung der Freiburger Schule wichtiger. Hier beginnt Eucken mit Fragestellungen. Zur Beschreibung des ordnungstheoretischen Hauptproblems stellt er die Frage: »Wie erfolgt die Lenkung« des »gewaltigen arbeitsteiligen Gesamtzusammenhangs, von dem die Versorgung der Menschen mit Gütern, also jedes Menschen Existenz, abhängt?« (a.a.O.S.2)

Er teilt diese Grundfrage in fünf Teilfragen auf.

1. Die Frage nach der Lenkung der Arbeitskräfte und der übrigen Produktionsfaktoren in die verschiedenen Verwendungsrichtungen. Eucken fragt: Warum und wie wird gelenkt?
2. Die Frage nach der Verteilung des Sozialprodukts. Er fragt hier, wie auch sonst, viel konkreter, als ich es in der Kürze der Zeit darstellen kann.
3. Die Frage nach dem zeitlichen Aufbau der Produktion. Warum werden nicht nur Konsumgüter hergestellt, sondern z.B. Maschinen, also Produktionsmittel?
4. Die Frage nach der Auswahl der Technik für die verschiedenen Produktionen aus dem gegebenen technischen Wissen.
5. Die Frage nach der Standortwahl für diese Produktion.

Eucken stellt fest, daß man für die Antworten auf diese Fragen sowohl die Anschauung als auch die theoretische Analyse braucht. Zusammengefaßt ergeben die Antworten auf die Teilfragen die Lösung des Hauptproblems, der Lenkung des arbeitsteiligen Gesamtzusammenhangs.

Eucken betont, daß Voraussetzung der Lösung die Kenntnis der jeweiligen Wirtschaftsordnung ist. Er sieht zwei idealtypische Lösungen dieses Lenkungsproblems: Entweder wird durch einen zentral konzipierten Plan oder über dezentral konzipierte Pläne einzelner Wirtschaftssubjekte gelenkt. Im

zweiten Fall muß aber koordiniert werden. Diese Koordination kommt über den Preisbildungsprozeß auf den Märkten zustande. Und für diesen Prozeß der Preisbildung ist wiederum die Geldordnung bedeutsam. Allen Wirtschaftssystemen ist gemeinsam, daß geplant wird. Nur wer plant und wie geplant wird, unterscheidet sie.

Die Idealtypen gewinnt Eucken aus der konkreten Wirklichkeit. Sie sollen erstens den Aufbau der konkreten Wirtschaftsordnungen verständlich machen. Zweitens schaffen sie die Basis für theoretische Analysen, denn sie enthalten alle Formelemente, aus denen alle Wirtschaftsordnungen zu allen Zeiten und überall aufgebaut sind (1950, S. 171 ff). Man nimmt also für die Analyse die einzelnen Formelemente. Diese reinen Formen sind jeweils festzustellen. Eine derartige Analyse erlaubt die Erklärung der Bedeutung des Rahmens von Regeln – gewachsenen oder gesetzten Regeln –, unter denen in einer Wirtschaftsordnung der Wirtschaftsprozess abläuft. Neben diese theoretischen Analyse, und durch sie unterstützt, tritt die wirtschaftspolitische Fragestellung: Wie durch Änderung der Regeln der Wirtschaftsprozess und sein Ergebnis verbessert werden kann.

Damit kommen wir zu Euckens zweitem großen Werk: »Grundsätze der Wirtschaftspolitik«, das er allerdings seines frühen Todes wegen nicht mehr selbst vollenden konnte. Wir wissen nicht, ob alle Ergänzungen richtig sind. Die ordnungstheoretische Erkenntnis, die wir zuvor besprochen haben, wird hier durch Euckens Kritik an anderen wirtschaftspolitischen Konzeptionen noch deutlicher. Über diese Kritik kommt er zu seinen wirtschaftspolitischen Konzeptionen. Die zentrale Lenkung lehnt er ab, unter anderem, weil sie die Lenkenden wegen der Komplexität des Prozesses überfordert. Das andere Extrem, das Laissez-faire, das grundsätzliche Lauflassen der dezentralen Entscheidungen einschließlich des Rahmens, in dem sie gefällt werden, lehnt er ab, vor allem, weil mit dem Laissez-faire die notwendige Rolle des Staates in der modernen Wirtschaft, aber auch das Problem der privaten wirtschaftlichen Macht verkannt wird.

Zum ersten: Eucken übersah nicht, daß vor allem früher die Wirtschaftsordnungen meist im Verlauf des geschichtlichen Werdens und ohne umfassenden Ordnungsplan entstanden. Das gilt aber nicht für die moderne industrialisierte Welt, die nicht von selbst brauchbare Wirtschaftsordnungen erzeugt, sondern der Ordnungsgrundsätze bedarf. Ihnen entsprechend muß der Staat Regeln setzen.

Eucken nennt noch einen zweiten Grund: Die arbeitsteilige, moderne, industrielle Wirtschaft bietet Chancen zur Herrschaft und zur Machtausübung, wie sie früher in der Geschichte nicht bestanden. Man kann nicht erwarten, daß sich die dagegen nötigen Regeln spontan entwickeln. Ein

zweckmäßiger Rahmen, ein Netz von Regeln, innerhalb dessen der heutige moderne Wirtschaftsprozess abläuft, kann nicht spontan entstehen.

Von der Zweckmäßigkeit des Rahmens hängt es ab, ob die Märkte und der gesamte Wirtschaftsprozess befriedigend funktionieren. Gegen solche Überlegungen wurde vorgetragen, die Entwicklung sei zwangsläufig, könne also auch nicht durch Gedankenarbeit und daraus erwachsene Regeln geändert werden. Das ist nicht richtig. Man kann zwar nicht beliebig ändern und ist sowohl durch den Gesamtzusammenhang zu einem bestimmten Zeitpunkt wie auch durch frühere Entscheidungen gebunden. Die Wirtschaftspolitik ist deshalb nicht schlechthin frei, zu tun, was jeweils gewünscht wird. Rechtzeitig müssen die unmittelbaren Wirkungen auf Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsprozess und die möglicherweise ausgelösten Tendenzen zur Veränderung der Wirtschaftsordnung bedacht und es muß rechtzeitig gehandelt werden. Dann kann die Entwicklung beeinflusst werden. Andernfalls macht man sich selbst unfrei.

Die Antwort auf die für Eucken zentrale Frage, ob es möglich sei, in der industrialisierten Wirtschaft die Freiheit der Person zu retten, hängt von der rechtzeitigen und brauchbaren Lösung des Ordnungsproblems ab, nicht etwa von interventionistischen Einzelmaßnahmen. Es geht darum, daß durch zweckmäßige Maßnahmen, ein geeigneteres Netz von Regeln eine bessere, menschenwürdigere Wirtschaftsordnung entsteht. Eucken schreibt: »Der Mensch kann frei sein, wenn er nur denkend ermittelt, welche Konsequenzen sich aus den von ihm geschaffenen Bedingungskonstellationen ergeben« (1952, S. 224). Ich sprach von einem Netz von Regeln, weil zwischen den einzelnen Regeln, z. B. zwischen den Regeln zu Gunsten der Vertragsfreiheit und des freien Zugangs zu den Märkten, Zusammenhänge bestehen. Es geht – um bei dem Beispiel zu bleiben – nicht an, daß unter Berufung auf die Vertragsfreiheit der Zugang zu den Märkten durch private, insbesondere Kartell-Abreden behindert wird, weil dieser freie Zugang für den Wettbewerb wesentlich ist. Mit anderen Worten: Das vom Staat geschaffene Regelnetz darf nicht durch selbstgeschaffenes Recht der Wirtschaft durchbrochen werden. Das ist eines der Hauptarbeitsgebiete von Großmann-Doerth gewesen.

Die Analyse der gegebenen Wirtschaftsordnung dient der Untersuchung dessen, was ist. Unter wirtschaftspolitischem Aspekt geht es darum, zu fragen, was sein soll. Das nimmt Eucken sehr ernst. Er schreibt: Die »bewußte Gestaltung der Ordnungen wälzt dem wissenschaftlichen Denken eine neue Verantwortung zu« (1952, S. 341). Daraus resultieren seine Bemühungen um die Ordnungspolitik, mit denen er die Ordnung verbessern will. Hier schlägt Eucken in seinen »Grundsätzen« für die Marktwirtschaft konstituierende und regulierende Prinzipien vor. Durch die konstituierenden Prinzi-

prien soll eine Wettbewerbsordnung geschaffen, durch die regulierenden sollen Märkte ohne vollständige Konkurrenz gelenkt und Schäden und Unvollständigkeiten behoben werden, wie z. B. ökologische Schäden.

Zu den konstituierenden Prinzipien gehört auch, was Eucken »Primat der Währungspolitik – Der währungspolitische Stabilisator« nennt. Er schreibt dazu in den »Grundsätzen« u. a.: »Alle Bemühungen, eine Wettbewerbsordnung zu verwirklichen, sind umsonst, solange eine gewisse Stabilität des Geldwertes nicht gesichert ist« (1952, S. 256). Er schildert dann die deutsche Situation nach dem Ersten Weltkrieg, über die er ja vorher gearbeitet hatte, und bemerkt dazu: Die »Lenkungsmechanik des Preissystems« wird bei Inflation ihrer »Fähigkeit beraubt, den Wirtschaftsprozess zureichend zu dirigieren«. Denn die Preise steigen in der Inflation ungleichmäßig. Aber selbst wenn sie gleichmäßig steigen würden, bleibt eine Verzerrung bestehen. Die Schulden bleiben nämlich in der Regel unverändert. Der Wert der Aktiven steigt. Dadurch entstehen Gewinne, die nicht auf Leistung beruhen. Entsprechendes gilt für die Deflation, deren Bedeutung aber unter den heutigen Umständen gering sein dürfte. Durch Stabilitätspolitik wird – fährt Eucken fort – nicht etwa die Wirtschaft der Währung geopfert. Vielmehr wird es durch die Stabilitätspolitik möglich, in den Wirtschaftsprozess ein brauchbares Lenkungsinstrument einzubauen. Da Eucken den Leitern der Währungspolitik mißtraut, will er, daß die Währungsordnung möglichst automatisch funktioniert. Dafür präferiert er die sog. Warenreservewährung.

Sie werden bemerken, daß die Auffassung der Freiburger Schule insofern von der in Ihrer Zeitschrift mehrfach vertretenen abweicht. Ich will gestehen, daß mich die dabei gemachten Vorschläge nicht überzeugt haben. U. a. ist die mühsame Entwertung des Bargeldes unter den heutigen, durch die große Bedeutung des Giral- und Plastikgeldes gekennzeichneten Umständen für einen Kampf gegen eine etwaige Deflation nicht zweckmäßig. Die Deflation ist übrigens nicht die heute relevante Gefahr.

Zwei wichtige Aspekte habe ich bisher nur angedeutet: Die Rolle des Staats – Stichwort: zweckmäßiger Rahmen – und die Rolle des Wettbewerbs. Eucken forderte einen starken Staat, aber nur für einen begrenzten und klar bezeichneten Tätigkeitsbereich. Die politische Ordnung muß entsprechend geändert werden. Eucken dachte dabei an den schwachen Staat der Weimarer Republik, der sich allzusehr von den Interessen einzelner Gruppen beeinflussen ließ. Wie ist es heute?

Der Wettbewerb hat mehrere Aufgaben. Er soll erstens das Eigeninteresse der Produzenten so lenken, daß die Konsumenten möglichst gut mit Gütern versorgt werden, oder wie Eucken es allgemeiner ausdrückte: daß die Kräfte, die aus dem Eigeninteresse entstehen, so gelenkt werden, daß hierdurch das Gesamtinteresse gefördert wird.

Der Wettbewerb soll ferner – zweite Aufgabe – die private wirtschaftliche Macht begrenzen. Franz Böhm nannte den Wettbewerb das großartigste und genialste Entmachtungsinstrument der Geschichte. Durch die Wettbewerbspolitik soll auch sichergestellt werden, daß Wettbewerb nur durch Leistung zum Erfolg führt – das ist die dritte Aufgabe. Bei der Betrachtung dieses Zweigs der Wettbewerbspolitik zeigt sich jedoch eine Schwäche der Euckenschen Konzeption. Eucken will mit der Wettbewerbspolitik möglichst erreichen, daß die Märkte wie bei vollständiger Konkurrenz funktionieren. Dazu bewog ihn nicht nur, daß in dieser Marktform die wirtschaftliche Macht minimiert würde, sondern es bewogen ihn auch die Ergebnisse eines theoretischen Modells, das allerdings von Voraussetzungen ausging, z. B. Homogenität der auf dem Markt gehandelten Güter, die Eucken ablehnt. Sein Ziel will Eucken durch ein Monopolamt erreichen, das Monopole möglichst auflösen und sonst, wie auch die Oligopole, zu einem Verhalten zwingen soll, als ob vollständige Konkurrenz bestünde. Eucken hofft dabei auch auf eine prophylaktische Wirkung des Monopolamts, weil das Monopolstreben nicht mehr erfolgversprechend wäre. Wir sind heute skeptischer geworden. Heute sehen wir als Aufgabe der Wettbewerbspolitik, daß ein zweckmäßiger Wirtschaftsprozess entsteht, ohne eine bestimmte Marktform zu erstreben.

Eine Ergänzung, aber auch Erweiterung der Funktionen des Wettbewerbs, die Eucken nannte, stammt von v. Hayek. Er betont die Rolle des Wettbewerbs als Entdeckungsverfahren – das ist seine vierte Aufgabe. Der Wettbewerb soll bewirken, daß neue Güter und neue, bessere Produktionsverfahren eingeführt werden.

Böhms Tätigkeit seit seiner Entlassung in Jena habe ich bisher vernachlässigt. Bis zum Frühjahr 1945 konnte er nicht an einer Universität lehren. Aber er betätigte sich u. a. in mehreren Arbeitsgemeinschaften. Nach langem Hin und Her gelang es erst kurz vor Kriegsende der Freiburger Fakultät, ihn mit der Wahrnehmung des durch den Tod von Großmann-Doerth frei gewordenen Lehrstuhls zu beauftragen. Typisch für Böhm ist, daß er sich unter den damaligen schwierigen Umständen gleich auf den Weg machte. Zwei Wochen nach seiner Ankunft in Freiburg wurde die Stadt von französischen Soldaten besetzt. Böhm wurde dann Ordinarius, blieb aber leider nicht lange in Freiburg. Im Oktober 1945 wurde er zu Vorarbeiten für die Gesetzgebung auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Industriepolitik ins Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte beurlaubt. Einen Monat später wurde er für wenige Monate hessischer Kultusminister. Im Februar 1946 wurde er als Ordinarius an die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Frankfurt berufen, wo er bis zu seiner Emeritierung 1972 blieb. Zur Begründung dieses Wechsels schrieb er der Freiburger Fakultät: Die Bestre-

bungen, auf die gesamtdeutsche Entwicklung Einfluß zu nehmen, finden innerhalb der amerikanischen Zone eine größere Förderung, als dies im übrigen Deutschland der Fall ist.

Hier deutet sich Böhms politisches Engagement an, das sich teilweise mit seiner wissenschaftlichen Tätigkeit überschneidet. Diese Tätigkeit aber gab er nicht auf. So arbeitete er an dem ersten Entwurf eines deutschen Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen mit, der allerdings nicht durchgesetzt werden konnte. Ab Januar 1948 war er – wie Eucken – Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats zunächst bei der Verwaltung für Wirtschaft der amerikanischen und britischen Zone, dann beim Bundeswirtschaftsministerium.

Die Tätigkeit dieses Beirats, vor allem in den ersten Jahren, war für den deutschen Wiederaufbau von größter Bedeutung. Euckens Konzeption übte hier großen Einfluß aus. Von 1953 bis 1965 war Böhm Bundestagsabgeordneter der CDU. Man hatte ihn auf den 14. – praktisch aussichtslosen – Platz der Landesliste gesetzt, aber er gewann in seinem Frankfurter Wahlkreis, der bis dahin fest in der Hand der SPD gewesen war, das Direktmandat. Im Bundestag kämpfte er mit eindrucksvollem Einsatz u.a. für das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Den in starkem Maß auf ihn zurückgehenden, wenn auch durch Kompromisse beschränkten Erfolg dieses Kampfes kann man zutreffend nur würdigen, wenn man den starken Widerstand gegen dieses Gesetz berücksichtigt – vor allem seitens des Bundesverbands der Deutschen Industrie.

Nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit seiner Tätigkeit im Rahmen der Freiburger Schule steht seine verdienstvolle Tätigkeit als einer der beiden Leiter der deutschen Delegation für die Verhandlungen mit Israel über die Wiedergutmachung. All dies nahm ihm zwar Zeit für seine wissenschaftliche Tätigkeit, aber er vernachlässigte diese nicht. Seine Lehrtätigkeit als Universitätsprofessor nahm er sehr ernst. Er schrieb zwar nach 1937 keine Bücher mehr, aber eine große Zahl von Aufsätzen, die er vor allem im Jahrbuch *Ordo* veröffentlichte. Dieses Jahrbuch begründete er zusammen mit Walter Eucken, und bis zu seinem Tod 1977 war Böhm Mitherausgeber.

Zu den wichtigsten Aufsätzen Böhms zähle ich »Die Idee des *Ordo* im Denken Walter Euckens« von 1950 (*Ordo*, Band III), »Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb« von 1951, sehr kritisch, mit 237 Seiten fast ein Buch (*Ordo*, Band IV), und »Privatrechtsgesellschaft und Marktwirtschaft« von 1966 (*Ordo*, Band XVII). In dem zuletzt genannten Aufsatz ist besonders wichtig, daß der Zusammenhang zwischen der durch das Privatrecht gesicherten Privatautonomie und der Marktwirtschaft sowie die Grenzen dieser Privatautonomie herausgearbeitet wurden.

Über Böhms menschliche Qualitäten haben wir zwei Äußerungen von Israeli, mit denen er zu verhandeln hatte. Nach Goldmann gehörte er zu den

besten Vertretern deutschen Geistes. Und Ben Gurion sagte: »Wenn Israel zehn Menschen von Böhm's moralischen Qualitäten hätte, wäre unser Land ein anderes«. Wer Böhm's Kämpfernote und seine prägnante, bilderreiche Sprache kennenlernen will, dem seien seine Auseinandersetzungen im Jahrbuch Ordo – und zwar mit Salin in Band XII und mit Hajo Riese in Band XXIV – empfohlen.

Den Einfluß der Freiburger Schule auf die Wirtschaftstheorie muß ich hier vernachlässigen. Die Wirkung auf die deutsche Wirtschaftspolitik von 1948 bis in die 50er Jahre hinein ist recht eindeutig. Eucken's Konzeption habe ich zuvor geschildert. Sie wurde im Grundsatz in dem von ihm beeinflussten, von Ludwig Erhard durchgesetzten Übergang zur Marktwirtschaft gleich nach der Währungsreform im Juni 1948 verwirklicht. Dieser Übergang fand allerdings mit wichtigen Ausnahmen statt. Sie waren das Ergebnis von Kompromissen. Preisstop und Bewirtschaftung blieben zunächst auf wichtigen Gebieten bestehen. Für die Landwirtschaft, den Verkehr und die Energiewirtschaft wurde eine marktwirtschaftliche Ordnung bis heute nicht oder nur unzureichend eingeführt. Die sog. Fusionskontrolle, ein wichtiger Teil des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, trat erst 1973 in Kraft, der Rest des Gesetzes 1957.

Aber dennoch war schon 1948 ein wichtiger Erfolg zu verzeichnen. Walter Jöhr – ein schweizer Nationalökonom – schreibt in seinem Nachruf auf Eucken im Jahre 1950: »Er stand in der vordersten Reihe der Kämpfer« für einen völligen Umbau der deutschen Wirtschaftsordnung und konnte bei der »Realisierung seiner Ideen ... mit Rat und Tat« mitwirken. »Wohl nur ganz wenigen Nationalökonom'en wurde ein ähnlicher, *unmittelbarer wirtschaftspolitischer Erfolg* zuteil«. Aber dieser Erfolg wurde allmählich auch verwässert, zunächst vor allem durch eine nicht hinreichend durchdachte Sozialpolitik, dann durch mangelndes Verständnis der Zusammenhänge und zu starkes Schielen auf das Ergebnis der nächsten Wahlen. Manche Politiker sahen zu sehr auf die Feststellungen der Meinungsforschungsinstitute und dachten zu wenig an ihre Aufgabe, auf die von diesen erforschte Meinung durch Vorstellung des als richtig Erkannten einzuwirken.

Wie wird es nach der letzten Bundestagswahl weitergehen? Ich bin skeptisch.

Literatur:

Böhm, Franz: Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung, nebst Einleitung der Herausgeber »Unsere Aufgabe«, Stuttgart und Berlin 1937

Ders.: Wettbewerb und Monopolkampf, Berlin 1933. Unveränderter fotomechanischer Nachdruck 1964

Eucken, Walter: Die Grundlagen der Nationalökonomie, 6. Auflage, Berlin, Göttingen, Heidelberg 1950

Ders.: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern und Tübingen 1952

Liquiditätsfalle, Deflation und Vermögenseffekte*

Julian von Landesberger und Franziska Schobert

1. Einleitung

Die Liquiditätsfalle war seit längerem ein Phänomen, das zwar in der Theorie behandelt, doch in ihrer praktischen Relevanz als eher unbedeutend eingeschätzt wurde. In jüngster Zeit ist wieder Interesse an dem Phänomen der Liquiditätsfalle und an der Bekämpfung von deflatorischen Gefahren erwacht, nicht zuletzt wegen der besonderen Situation, in der sich die japanische Volkswirtschaft befindet.

Im folgenden werden Finanzkrisen, die Situation der Liquiditätsfalle, die Bedeutung von Deflation und ihre Vermögenseffekte theoretisch untersucht und anhand ausgewählter praktischer Beispiele näher betrachtet.

2. Theoretische Ansätze zu Finanzkrisen

Die Überschuldungshypothesen zu Finanzkrisen (vgl. Fisher und Minsky) und die monetäre Konjunkturtheorie stellen den Kreditmarkt in den Mittelpunkt der Analyse. Die Ungleichheit zweier Zinssätze führt zu instabilen realwirtschaftlichen Prozessen. Fisher erklärt das Auseinanderfallen der Zinssätze mit einer unerwarteten Deflation; Minsky endogenisiert »kapitalistische Erwartungsirrtümer«.¹ Zentrales Element der Analyse ist die Dichotomie zwischen einer realwirtschaftlichen Ertragsrate auf Sachkapital einerseits und dem Nominalzins auf Kreditverträge andererseits. Die erwartete Ertragsrate auf Sachkapital R^e ist definiert als

$$R^e = \left(\frac{\partial y}{\partial K} \right)^e \cdot \frac{P_1^e}{P_0}$$

wobei y den Output, K den Kapitaleinsatz und P das Preisniveau bezeichnet. Im Gleichgewicht bei Preisniveaustabilität muß die erwartete Ertragsrate auf die marginal eingesetzte Kapitaleinheit genau den Ertrag aufbringen,

* Vortrag gehalten auf der Tagung »Im Vorhof der Deflation?« des Seminars für freiheitliche Ordnung, Bad Boll am 3. Juli 1999

¹ Thiel, M. (1996): S. 77

der den Kosten für eine marginal aufgebrachte Einheit Kredit bzw. Finanzierungsmittel entspricht. Unerwartete Einflüsse auf die Preisentwicklung und auf die Grenzproduktivität des Kapitals verändern die Ertragsrate auf Sachkapital und führen zu Substitutionsprozessen zwischen monetären und Sachkapital-Aktiva. Im folgenden wird die Debt-Deflation-Theorie von Fisher als Erklärungsansatz für das sich gegenseitig verstärkende Zusammenwirken von Deflation und Überschuldung vorgestellt, um die Gefahr deflatorischer Tendenzen näher zu beleuchten.

Die Debt-Deflation-Theorie, von Fisher in »Booms and Depressions« (1932) und »The Debt-Deflation Theory of Great Depressions« (1933) formuliert, stellt drei Aspekte in den Vordergrund der Analyse: Überschuldung, Kassenhaltung (Geldmenge) und das Preisniveau. Da diese Begriffe auch im Mittelpunkt dieser Ausarbeitung stehen, ist eine kurze Beschreibung der Aspekte im Rahmen der Fisher'schen Theorie angebracht.

Fisher bleibt hinsichtlich der Quantifizierung des Überschuldungsbegriffes vage. Er stellt fest

»the individual stops ›at the margin‹ where, in his judgement, the desirability of a further expansion of his debts is balanced by the undesirability of further sacrifices and risks.«

Überschuldung ist demnach ein Zustand, in dem das Individuum seinem Empfinden nach stärker verschuldet ist, als es es wünscht. An anderer Stelle weist Fisher darauf hin:

»In any event, such guides will have to be considered as the ratio between the nation's income and certain fixed expenses, like taxes, rent, and interest; ...«

Insofern stellt sich das Gefühl der Überschuldung ein, wenn ein exogener Schock hinsichtlich des zukünftigen nominalen Einkommensstromes eintritt und die Sachkapitalerträge verringert.

Ein Rückgang der periodischen Erträge e führt im Rahmen der Konsolformel für den Kapitalwert:²

$$E_t K_{0t} = E_t \left[\frac{e}{i} \right]$$

bei gegebenem Zinssatz i zu einer Verringerung des erwarteten Kapitalwertes $E_t K_{0t}$.

Die periodischen Erträge aus einem Investitionsprojekt (e) ergeben sich aus der erwarteten Ertragsrate auf Sachkapital multipliziert mit dem Anschaffungswert $e = R^e A_0$. Daraus ergibt sich:

² Zur Vereinfachung wird eine unendliche Betrachtung angestellt.

$$E_t K_{0t} = E_t \left[\frac{R^e A_0}{i} \right]$$

Herauslösen des bekannten Anschaffungswertes A_0 ergibt:

$$q = \frac{K_0}{A_0} = E_t \left[\frac{R^e}{i} \right]$$

Dieser Ausdruck ist Grundlage für Tobin's q . Der Kapitalwert ist der kapitalisierte Einzahlungsüberschuß. Er wird negativ, wenn die Finanzierungskosten höher sind als die Erträge, also wenn $i > R^e$ gilt. In dem Fall fällt das q unter 1. Fallen die Kapitalwerte, werden die Anleger Sachkapitalinvestitionen reduzieren bzw. versuchen, den Kapitalstock individuell zu veräußern, um sich vor einer weiteren Verschlechterung ihrer Vermögensposition zu schützen. Gemäß Fisher führt eine solche Ertragslage zu Notverkäufen (»distress selling«), welche in der Regel bei sinkenden Vermögenspreisen durchgeführt werden müssen.

Fallende Vermögenspreise führen zur

- Tilgung der Finanzierungskredite der Investitionen
- verstärkten Liquiditätsnachfrage nach Bargeld.

Eine Veräußerung der Investition führt zur Tilgung der nicht mehr benötigten Kredite. Der Verkäufer erhält i. d. R. eine Überweisung vom Käufer und wird damit seinen Kredit tilgen. Sofern der Kauf nicht seinerseits durch eine Kreditaufnahme finanziert worden ist, kommt es dadurch zu einer Verringerung des Buchgeldbestandes und zu einem Rückgang der Geldmenge. Sinkende Vermögenswerte führen zusätzlich zu einer Nichtverlängerung bzw. Verweigerung von neuen Kreditverträgen, weil der Wert der Sicherheiten nicht mehr ausreicht.

Verluste in den Vermögenswerten bleiben nicht auf Sachkapital beschränkt, sondern auch Wertpapiere von Unternehmen und Banken werden Wertverluste erleiden. Verlieren die Vermögenswerte eines Unternehmens an Wert, so sind dessen Verbindlichkeiten unsicherer und die von Anlegern für das Halten des Wertpapiers geforderte Risikoprämie steigt. Die Verzinsung steigt, da eher Wertpapiere veräußert werden und die Kurse der Papiere sinken.

Eine vergleichbare Entwicklung tritt auch für Banken ein: Da die Sicherheiten der Kredite an Wert verlieren, versuchen die Gläubiger der Bank ihre Forderungen abzustößen und kündigen ihre Einlagen. Infolgedessen kommt es zu einem Rückgang des Buchgeldes und eine Flucht in die liquideste Anlageform, Bargeld, findet statt.

Der bisher beschriebene Verlauf führt zu einem Rückgang der aggregierten Nachfrage aufgrund von (u.a.):

- verringerten Investitionen wegen fehlender Rentabilität $q < 1$
- verringerten Investitionen wegen fehlender Finanzierung (keine Kredite).³
- verringerter Konsumnachfrage wegen sinkender Nettovermögen der privaten Haushalte.

Die sinkende aggregierte Nachfrage verstärkt die Verschlechterung der Ertragslage der Unternehmen, die Gewinne sinken und damit auch die Kapitalwerte. Bei gegebenem Güterangebot führt ein Rückgang der Nachfrage zu einem Rückgang des Preisniveaus.

Somit kommt der dritte Faktor für Fisher hinzu: Deflation. Der Rückgang des Preisniveaus führt zu einem Anstieg des realen Wertes der Verbindlichkeiten sowie zu einer höheren realen Zinslast. Eine höhere reale Zinslast verlagert Konsum von heute auf morgen, wodurch eine weitere Verringerung der Nachfrage erfolgt. Das Überangebot an Gütern wird zu einem Rückgang der Produktion führen, den Nachfrageeinbruch aber nicht aufhalten können.

Betrachtet man die Formel für die durchschnittliche Ertragsrate auf Sachkapital, so ist ersichtlich, daß beide Effekte (Einkommen und Preis) zu einem Rückgang der Ertragsrate führen:

$$R \downarrow = \left(\frac{Y}{K} \right) \downarrow \cdot \frac{P_t}{P} \downarrow$$

Die Gesamtentwicklung führt zu einer Verschlechterung des Stimmungsbildes bei Konsumenten und Produzenten. Die Konsumenten verstärken ihr Sparen aus Vorsichtsgründen, weil sie die Reduktion ihrer Einkommen und eine mögliche negative Beschäftigungsentwicklung befürchten.

Betrachtet man die Entwicklung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, stellt man fest, daß für Bargeld die Umlaufgeschwindigkeit sinkt,

$$\downarrow V_{\text{Bargeld}} = \frac{P \cdot Y}{\text{Bargeld} \uparrow}$$

während für breitere monetäre Aggregate die Umlaufgeschwindigkeit zu Beginn der Krise stark steigt, weil sich die Kontraktion der Einlagen vor dem Rückgang des Einkommens und des Preisniveaus vollzieht:

$$\uparrow V_{M2} = \frac{P \cdot Y}{M2 \downarrow}$$

Der beschriebene Vorgang wiederholt sich nach Fisher, solange die Wirtschaftssubjekte die Vorstellung einer Überschuldung besitzen und ihre

³ Inhaltliche Verknüpfung zu bank credit channel.

Sachanlagen und Wertpapiere veräußern, um zusätzliches Bargeld zu halten.

3. Krisen und Konjunkturerinbrüche: Erfahrungen aus den USA und Japan

Die große Depression, die 1929 in den USA begann und sich zu einer Weltwirtschaftskrise ausdehnte, und die derzeitige Situation in Japan sind zwar Konjunkturerinbrüche unterschiedlichen Ausmaßes, doch lassen sich an diesen beiden Fällen Systematiken von Krisen finden.

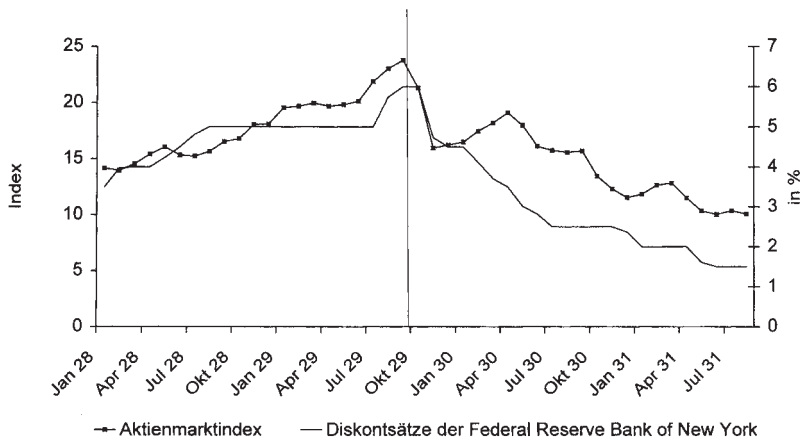
3.1 Die Große Depression

Die Depression in den USA begann 1929. Auch wenn verschiedene Faktoren bereits früher auf einen Konjunkturrückgang hindeuteten, wird der Börsenkrach am 24. Oktober 1929 als ein wesentlicher Auslöser angesehen. Nicht unbeteiligt an dem Börsenkrach war das Verhalten der amerikanischen Zentralbank. Im Glauben, die Börse befände sich auf einem ungewöhnlich hohen Niveau und sie müsse demzufolge Luft aus den spekulativ aufgeblasenen Preisen für Vermögenswerte nehmen, leitete sie eine restriktivere Geldpolitik ein. Doch der Versuch, durch eine Zinserhöhung die Börsenentwicklung behutsam umzukehren, schlug fehl. Der Aktienmarkt brach ein (vgl. Schaubild 1). Inwieweit die Börse vor dem Krach tatsächlich überbewertet war, bleibt eine offene Frage. Aktienpreise werden durch die zukünftigen Erwartungen über die Ertragslage der Unternehmen beeinflusst, es sind vorwärts gerichtete Preise. Gemäß dem oben beschriebenen Tobin's q sind sie in Verbindung mit den Refinanzierungskosten für Kapital, im wesentlichen den Zinssätzen für Kredite, ein Konjunkturindikator. Allerdings können die Zentralbank und die Marktteilnehmer, je nach Informationsstand, unterschiedliche Erwartungen über die zukünftige Entwicklung besitzen. Besitzt die Zentralbank weniger oder andere Informationen bzgl. der Entwicklung der Fundamentalfaktoren als die Marktteilnehmer, kann letztlich nicht mit Sicherheit von einer Spekulationsblase gesprochen werden.

Dem Börsenkrach folgte ein Rückgang der Produktion. Die Auswirkungen der Krise auf die Realwirtschaft lassen sich an der Entwicklung ausgewählter makroökonomischer Faktoren beschreiben. Das reale Bruttosozialprodukt fiel in der Zeit von 1929 - 1933 um 29 % und die Konsumausgaben um 18 %, während die Bruttoinvestitionen praktisch zum Erliegen kamen (vgl. Schaubild 2).⁴

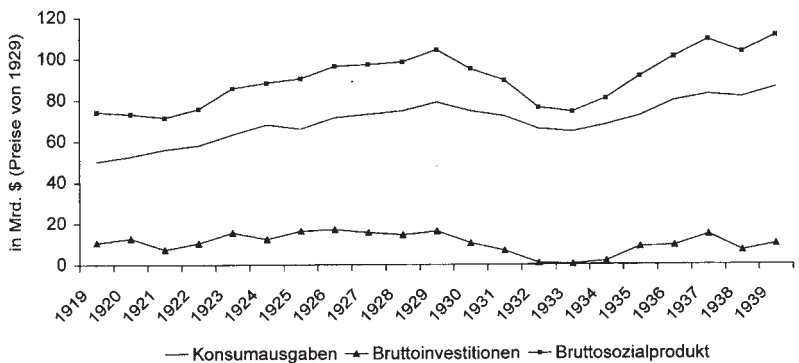
⁴ Temin, P. (1976): Did monetary forces cause the Great Depression, Norton Company, New York, S. 4

Schaubild 1: Der Börsenkrach in den USA
24. Oktober 1929



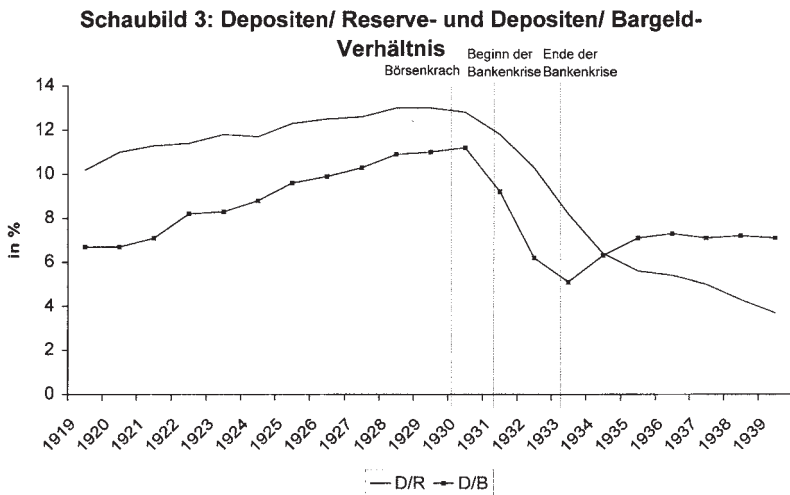
Quelle: NBER Macrobistory Database

**Schaubild 2: Reales Bruttonsozialprodukt,
Bruttoinvestitionen und Konsumausgaben in den USA
(1919-1939)**



Quelle: Temin, P. (1976), S. 4

Auch der Finanzsektor wurde von der Krise schwer getroffen. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen wirkte sich über die Ertragslage der Unternehmen auf das Kreditportfolio der Banken aus. Ende 1930 begann eine Phase aufeinanderfolgender Bankenkrisen. Die Verunsicherung von Bankiers und Einlegern spiegelte sich in einer verstärkten Reserve- und Bargeldhaltung wieder, die sich in ihrem Extrem zu einer Bankenpanik entwickelte. Der Rückgang der Geschäftstätigkeit im Bankensystem fand seinen Niederschlag in einem Rückgang der Geldmengenaggregate. M1, das eng abgegrenzte Aggregat, sank um 27 %, M2 als weiter abgegrenztes Aggregat sogar um 33 %. Begleitet wurde diese Entwicklung von einem Anstieg der Geldbasis und stark sinkenden Depositen/Reserven- und Depositen/Bargeld-Koeffizienten (siehe Schaubild 3).



Quelle: Temin, P. (1976), S. 5

Präsident Roosevelt, gerade erst im Amt, verhängte den sogenannten Bank Holiday, eine zeitweise Schließung der Banken, und unternahm weitere Maßnahmen, um das Vertrauen in das Finanzsystem wiederherzustellen und dem deflationären Druck zu begegnen, doch konnte er ihn nicht verhindern.⁵ Ausgewählte Preisindizes sanken in der Zeit von 1929–33 um 25 % (Konsumentenpreisindex und impliziter Bruttosozialproduktdeflator) bzw. 31 % (Großhandelspreisindex).

⁵ Temin, P. (1976): Did monetary forces cause the Great Depression?, Norton, N. Y., S. 1–4

Die Kombination von sinkenden Preisen und demzufolge steigender realer Schuldenlast, die von Fisher beschriebene Schulden-Deflationsspirale, wird in der Literatur oft als ein Erklärungsgrund für die Härte des Konjunktureinbruchs angeführt. Sicher spielten auch die späten und zu zurückhaltend verfolgten wirtschaftspolitischen Maßnahmen eine nicht unwesentliche Rolle. Ein pessimistisches Geschäftsklima kann zusätzlich Konsum und Investitionen gebremst haben. Denn wird die Deflation von den Marktteilnehmern antizipiert, so führt dies über den Zusammenhang von Nominalzinsen, erwarteten negativen Inflationsraten bzw. Deflationsraten zu hohen Realzinsen, die sich wiederum negativ auf die Konsum- und Investitionsausgaben auswirken.

Die ungewöhnlich lange Dauer der Krise wird in der Literatur oft in Verbindung mit dem Zusammenbruch des Bankensystems gesehen. Hohe Risikoprämien auf Kredite schlossen auch solvente Schuldner von der Kreditvergabe aus, was zu einer Kontraktion auf der Angebotsseite führte.⁶

Die Vorstellung, Deflation sei notwendigerweise mit einem Rückgang der Produktion verbunden, ist in der Vergangenheit vornehmlich durch die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise geprägt. Doch stellt sich die Frage, wie hoch Deflationsgefahren tatsächlich sind. Die sich in der Weltwirtschaftskrise fortsetzende Deflationsspirale bei sinkenden Preisen und sinkender Produktion hat sich in anderen Zeiträumen nicht notwendigerweise abgebildet, wie eine Studie der Bank für internationalen Zahlungsausgleich belegt.⁷ Dieser Studie zufolge traten Phasen rückläufiger Preise durchaus auch in Zeiten relativ günstiger Veränderungen des gesamtwirtschaftlichen Angebots auf. Als eine mögliche Erklärung ist an die Verbreitung technischer Neuerungen zu denken, wie etwa Eisenbahn und Elektrizität Ende des 19. Jahrhunderts oder Computer und Telekommunikation in jüngerer Zeit. Ein zweiter Erklärungsansatz ist mit dem ersten verbunden. Preisrückgänge waren entweder nicht stark genug oder wurden als nicht nachhaltig genug erachtet, um die Erwartung auch in Zukunft sinkender Preise entstehen zu lassen. Als Evidenz hierfür dient die Beobachtung, daß die langfristigen Nominalzinsen – außer während der Weltwirtschaftskrise – in Zeiten sinkender Preise in der Regel nicht nennenswert zurückgingen.

3.2 Deflationäre Gefahren in Japan

Die Situation der japanischen Volkswirtschaft stellt einen möglichen Gefahrenherd für deflationäre Entwicklungen dar. Die japanische Wirtschafts-

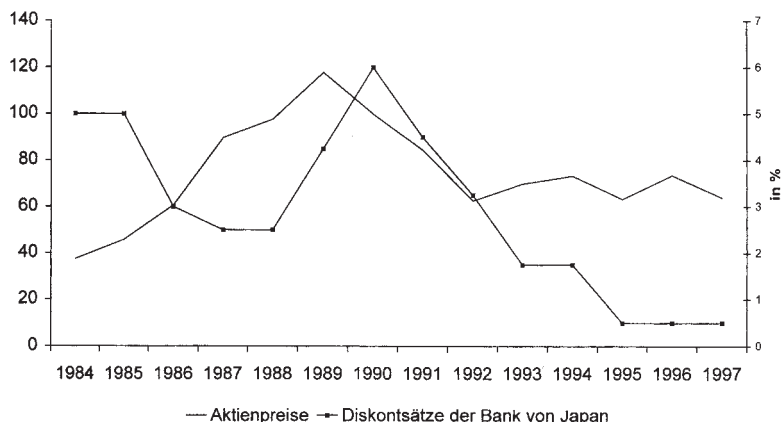
⁶ für einen Literaturüberblick siehe Cecchetti, S. G. (1992) *The Stock Market Crash of October 1929*, in *The New Palgrave Dictionary of Money and Finance*, The Macmillan Press Limited, London, S. 573–576

⁷ Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Jahresbericht 1998/99, S. 88

entwicklung hat sich nach einer Periode starken Wachstums bis 1991 nachhaltig verlangsamt. Die Wachstumsrate der Wirtschaft betrug von 1981-92 im Durchschnitt 3,7%, von 1993-97 lediglich 1,7%. Eine moderate Preisentwicklung wurde von steigender Arbeitslosigkeit begleitet.

Wie bereits im Fall der Großen Depression galten auch in Japan die Preise für Vermögenswerte für spekulativ aufgeblasen, was die Zentralbank zu einem restriktiven Eingreifen veranlaßte (vgl. Schaubild 4). Seit Ende der 80er Jahre sank der Aktienindex, Preise für Immobilien seit Beginn der 90er Jahre.

Schaubild 4: Aktienpreise und Diskontsätze in Japan



Der Verlauf der Zinssätze, der im kurzfristigen Bereich praktisch sein absolutes Minimum erreicht hat, ist ein weiteres charakteristisches Merkmal der derzeitigen Lage wie auch die Situation des japanischen Finanzsystems. Das bankendominierte Finanzsystem ist in einem besorgniserregenden Zustand. Die Höhe der notleidenden Kredite wird auf ca. 25 % des BSP/ 17% der gesamten Bankenkredite geschätzt. Die Verschlechterung des Kreditportfolios, das viele Banken in Schwierigkeiten brachte, wurde durch sinkende Preise für Vermögenswerte erklärt. Doch der vorangehende Höhenflug der Vermögenspreise ist nicht zuletzt das Ergebnis staatlicher Lenkungsversuche, durch Schutz des Banken- und Versicherungsgewerbes vor Konkurrenz Einfluß auf die Allokation der Kredite zu nehmen. Durch Förderung und Protektion von ausgewählten Branchen sollte der Industrialisierungsprozeß Japans beschleunigt werden. Mit zunehmendem Industria-

lisierungsgrad wurden die Banken immer unzufriedener mit den Ertragsaussichten, die sie in den engen Nischen erwirtschaften konnten. Sie strebten nach neuen Märkten und suchten diese im Immobiliensektor sowie im Auslandsgeschäft. Die Regierung akkomodierte durch verstärkte Deregulierung und versuchte, eine mögliche Rezession mit der starken Aufwertung des Yen Mitte der 80er Jahre durch eine expansive Geldpolitik auszugleichen. Banken gaben die günstigen Kreditkonditionen bei rückgängiger Nachfrage aus dem Industriesektor verstärkt an Aktienmarkt- und Immobilieninvestitionen weiter und leiteten so den starken Anstieg der Vermögenspreise ein.⁸

Eine Zerrüttung des Finanzsektors war auch in der Großen Depression ein wesentlicher Faktor für die Stärke und Dauer der Krise. Denn auch wenn die japanische Regierung der geschwächten Wirtschaft durch eine expansive Geldpolitik auf die Beine zu helfen versucht, gelingt ihr vielleicht der erste Schritt – eine Ausdehnung der Geldbasis – doch kann ohne eine Gesundung des Bankensystems nicht der zweite Schritt – eine Ausdehnung der Geldmengenaggregate durch Belebung des Kreditgeschäfts – erfolgen. Ähnlich wie in der Großen Depression ist auch in Japan eine Ausdehnung der Geldbasis nicht von einer Ausdehnung der Depositen im Bankensystem begleitet worden (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1: Finanzdaten für Japan

	<i>Geldbasis</i>	M2 (incl. CDs)	Bankkredite
1994	100	100	100
1995	107,8	103,3	100,8
1996	117	106,5	100,6
1997	125,6	110,6	100,9

Quelle: Krugman, P. R (1998): It's Baack: Japan's Slump and the Return of the Liquidity Trap, in Brookings Papers on Economic Activity, 2, S. 175

⁸ Lincoln, E. J. (1998): Japan's Financial Problems, in Brookings Papers on Economic Activity, 2

Im weiteren Verlauf soll nun auf die bereits zu Beginn erwähnten drei Aspekte

- Liquiditätsfalle
 - Deflation
 - Vermögenseffekte
- eingegangen werden.

4. Liquiditätsfalle

Die Keynes'sche Liquiditätsfalle ist nach Issing (1995) dadurch charakterisiert, daß alles zusätzlich von der Notenbank geschaffene Bargeld von den Wirtschaftssubjekten in der Spekulationskasse gehalten wird. Keynes greift auf die Transaktions- und die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes zurück und begründet damit die Kassenhaltungsmotive für die Transaktionskasse und die Spekulationskasse. Die Transaktionskasse wird bei Keynes durch die Notwendigkeit, Käufe (Transaktionen) durchzuführen, bestimmt, so daß die Höhe der zu haltenden Mittel von dem Transaktionsvolumen bzw., bei Vernachlässigung von Vorleistungen, vom laufenden Einkommen abhängt. Die Spekulationskasse stellt den zinsreagiblen Teil der Kassenhaltung dar. Nach keynesianischer Vorstellung werden Wirtschaftssubjekte nur Wertpapiere halten, wenn die erwartete Rendite aus der Wertpapierhaltung größer ist als die möglichen Verluste. Hierbei bildet jedes Wirtschaftssubjekt eine Renditeerwartung aus Kuponverzinsung und erwartetem Kapitalgewinn. Die Wirtschaftssubjekte werden gegenüber der Kassenhaltung nur indifferent sein, wenn die Rendite aus der Wertpapierhaltung positiv ist, wenn also der Kapitalverlust geringer als die Verzinsung ist. Ist die Rendite sehr hoch und sind somit die Kurse sehr niedrig, werden die Wirtschaftssubjekte Wertpapiere kaufen und kein Geld halten. Ist hingegen die Rendite sehr niedrig oder sind Wertpapiere mit hohen Kupons sehr hoch im Kurs, besteht die Gefahr von Kapitalverlusten. Die Wirtschaftssubjekte halten dann ihre Mittel in Geldform.

Nach Keynes wird die Geldnachfrage unendlich zinselastisch, wenn der Zins so tief liegt, daß alle Wirtschaftssubjekte diese Zinshöhe als eine Art »absolute Untergrenze« ansehen. Die Anleger hegen dann die Erwartung, daß der Zins in der Zukunft nur steigen kann und damit die Kurse nur sinken können und kaufen deshalb keine Wertpapiere bzw. versuchen, die Wertpapiere zu veräußern und Geld zu halten.

Tobin/Modigliani wandten gegen diese sehr einfache Form der Anlagestrategie ein, Geld und Wertpapiere könnten gleichzeitig im Portfolio gehalten werden, nicht nur das eine oder das andere, womit scheinbar die Möglichkeit einer Liquiditätsfalle ausgeschlossen sein sollte.

Tatsächlich kommt die Liquiditätsfalle durch die Hintertüre wieder herein: durch die Null-Untergrenze auf Nominalzinsen.

Wenn die Nominalverzinsung in den Bereich von Null kommt, besteht wegen der anfallenden Transaktionskosten kein Interesse mehr auf Seiten der Wirtschaftssubjekte, Wertpapiere zu erwerben. Bei im Zeitablauf wieder ansteigenden Zinsen, was bei Null wohl irgendwann geschieht, ist die Wertpapierhaltung wie bereits erwähnt mit Kursverlusten verbunden. Die Zentralbank kann nicht mehr durch eine Zinssenkung oder durch die Erwartungen hinsichtlich einer Zinssenkung zu Kursgewinnerwartungen am Wertpapiermarkt beitragen. Salopp formuliert ist »die Phantasie aus dem Markt«. Wegen der Gefahr eines Kreditverlustes besteht bei Banken kein Interesse, wie bereits von Fisher beschrieben, Kredite neu zu vergeben, so daß eine monetäre Erweiterung nicht zustande kommen kann. John Hicks (1937) formulierte es treffend:

»If the costs of holding money can be neglected, it will always be profitable to hold money rather than lend it out, if the rate of interest is not greater than zero. Consequently the rate of interest must always be positive.«

Für die Geldpolitik bedeutet die Existenz einer absoluten Untergrenze für den Nominalzinssatz, daß sie an diesem Punkt durch Nominalzinssenkungen nicht mehr expansive Impulse an die Wirtschaft geben kann, auch wenn dies durch das Auftreten von negativen Schocks angebracht wäre.

Fast alle Notenbanken der OECD-Länder verwenden als operatives Ziel den Tages- oder 1- Monatsgeldmarktsatz. Geldpolitische Maßnahmen werden operativ durch entsprechende Zinsveränderungen implementiert – nicht durch bewußte Mengenveränderungen. Ist jedoch der Zinssatz nahe bei Null, sind der Zentralbank die Hände gebunden.

Eine Studie von Orphanides/Wieland (1998)⁹ zeigt, daß es je nachdem wie Preisniveaustabilität von der Zentralbank definiert worden ist, 0–2% oder 2% oder sogar 2,5%, bei verschiedenen makroökonomischen Störungen zu einem Greifen der »Zero-Bound Constraint« kommen kann. In ihrer Simulation wird von einem günstigen Preisschock ausgegangen, beispielsweise durch niedriger als erwartet abgeschlossene Lohnverträge. Während die Zentralbank bei ausreichend positiver Inflation und einem ausreichend hohen Zinsniveau eingreifen kann, indem sie die kurzfristigen Nominalzinssenkungen senkt, damit auch eine langfristige Realzinssenkung bewirkt und den negativ vom realen langfristigen Zins abhängigen Output erhöht, ist ihr dies bei einem kurzfristigen Nominalzins nahe Null nicht möglich. In diesem Fall kann sie den Nominalzins nicht weiter senken, der langfristige Realzins wird wegen des Preistrückgangs steigen und sich negativ auf den Output auswirken. Das verwendete Modell beinhaltet, daß das Inflationsziel mit den Inflationserwartungen der Wirtschaftssubjekte übereinstimmt.

⁹ Orphanides, A. und V. Wieland (1998): Price Stability and Monetary Policy Effectiveness when Nominal Interest Rates are Bounded at Zero, Board of Governors of the Federal Reserve System, Washington

Allgemein führt die Null-Begrenzung zu einer beträchtlichen Verlängerung der auftretenden und erforderlichen Rezession und zu keiner wesentlichen Verringerung des Inflationsverlaufs. Die Höhe des Inflationszieles einer Zentralbank sollte deshalb nicht irrelevant sein. Im Hinblick auf die aktuelle Definition von Preisniveaustabilität schreibt die Europäische Zentralbank:

»Price Stability shall be defined as a year on year increase in the Harmonised Index of Consumer Prices for the euro area of below 2 %.« 13 Oktober 1998.

Präsident Duisenberg stellte am 10. November klar, daß die Definition eines Anstiegs einen Rückgang und somit Deflation aus dem Begriff der Preisniveaustabilität ausschließt. Damit ist eine implizite Untergrenze von 0 bis 2 % denkbar. Jedoch hat er auch festgelegt, daß er keine Erklärung zur Untergrenze zu treffen bereit sei, da die Preismessung mit Fehlern behaftet sei.

Fallbeispiel: Probleme der Inflationsmessung in der Praxis Preisindex für die Lebenshaltungskosten verschiedener Länder in Prozentpunkten			
	Quelle	Punkt- schätzung	Intervall
USA:	Lebow et al. (1994)	–	0.4–1.5
	Congressional Budget Office (1994)	–	0.2–0.8
	Advisory Commission to Study the Consumer Price Index (1995)	1.0	0.7–2.0
	Advisory Commission to Study the Consumer Price Index (1996)	1.1	0.8–1.6
	Boskin (1995)	1.5	1.0–2.0
	Darby (1995)	1.5	0.5–2.5
	Diewert (1995)	–	1.3–1.7
	Gordon (1995)	1.7	–
	Greenspan (1995)	–	0.5–1.5
	Griliches (1995)	1.0	0.4–1.6
	Jorgenson (1995)	1.0	0.5–1.5
	Shapiro/Wilcox (1996)	1.0	0.6–1.5
U.K:	Cunningham (1996)	–	0.3–0.8
Deutschland:	Hoffmann (1998)	0.75	–
Quellenangaben in Moulton, B. (1996): S.160, Hoffmann (1998): S. 7.			

Die Messung von preislichen Veränderungen erfolgt nicht ohne Ungenauigkeiten. Meßfehler bei der Ermittlung der Inflationsrate haben offensichtlich ein positives Vorzeichen und belaufen sich auf ungefähr 0,8 %-Punkte. Zieht man den Meßfehler vom EZB-Ziel ab, stellt man fest, daß die Liquiditätsfalle-Argumentation für die aktuell ausgestaltete Geldpolitik auch in Europa relevant ist, da das tatsächliche Inflationsziel zwischen 0–1% liegt. Überschätzungen des wahren Preisanstiegs können unterschiedliche Ursachen haben, von denen insbesondere Schwierigkeiten bei der Bewertung qualitativer Verbesserungen als gewichtig angesehen werden.¹⁰

Es erweist sich bei der Beobachtung eines Preisanstiegs als schwer meßbar, welcher Teil des Preisanstiegs durch eine tatsächliche Preiserhöhung bedingt wurde bzw. auf einer qualitativen Verbesserung des Produktes beruht. Ohne inflationäre Entwicklungen kann sich der Preis nicht nur dann für ein Gut ändern, wenn sich seine Menge erhöht, sondern auch, wenn sich seine Qualität verbessert. Probleme bei der Qualitätsbereinigung von Preisunterschieden bilden vermutlich die wichtigste Fehlerquelle bei der Inflationsmessung. Zum einen werden Produkte häufig neu gestaltet, zum anderen verknüpfen Hersteller und Händler wegen Preisänderungskosten und aus sogenannten »marktstrategischen Überlegungen« oft Modellwechsel mit Preisanpassungen.

Weitere Probleme der Preismessung treten in Fällen von Produktsubstitution, bei der Einführung neuer Produkte und bei der Substitution von Vertriebswegen auf. Besteht der Preisindex aus einem konstanten Warenkorb (Laspeyre), der nur gelegentlich neu angepaßt wird, kann durch Änderungen der Konsumgewohnheiten zu einem billigeren Gut die wahre Teuerung übertrieben werden. Ähnliches gilt für die Einführung neuer Produkte, die nicht bzw. zu spät berücksichtigt wurden. Neue Produkte weisen in der ersten Phase des Produktlebenszyklus gewöhnlich deutliche (relative) Preisrückgänge auf. Bei einem Preisindex mit einem festen Warenkorb werden die Preise typischerweise immer in den gleichen Geschäften erfaßt, um auch so die »reine Preisbewegung« zu isolieren. Damit bleiben aber die strukturellen Änderungen im Handel, die den Kunden preisgünstigere Einkaufsmöglichkeiten eröffnen, bei der Inflationsmessung unberücksichtigt.

Berücksichtigt man Überschätzungen der wahren Inflationsrate durch Meßfehler, befindet sich die von der EZB angestrebte Inflationsrate möglicherweise schon in dem kritischen Bereich zwischen 0 und 1 %. Dies ergibt sich aus der Berechnung der Wachstumsrate der Geldmenge, deren Referenzwert mit 4.5 % angegeben wird. Abzüglich eines Mittelwertes der

¹⁰ Siehe Hoffmann, J. (1998): Probleme der Inflationsmessung in Deutschland, Diskussionspapier 1/98, Volkswirtschaftliche Forschungsgruppe der Deutschen Bundesbank

prognostizierten Wachstumsrate für das Bruttoinlandsprodukt und des trendmäßigen Rückgangs der Umlaufgeschwindigkeit ergibt sich ohne Berücksichtigung der Meßfehler eine Inflationsrate von 1,5%.¹¹

5. Deflation

Deflation ist in Analogie zur Inflation definiert als anhaltender Rückgang des Preisniveaus, also des Durchschnitts aller Preise. Die Volkswirtschaftslehre mißt zwar das Preisniveau durch Preisindizes als mit Gewichten versehene Preise der einzelnen Güter. Die Gewichte richten sich beispielsweise nach dem Verbrauch einer bestimmten Warengruppe zu einem bestimmten Zeitpunkt, so bei dem CPI bzw. Preisindex für die Lebenshaltungskosten. Es gab jedoch in den vergangenen Jahren immer wieder Diskussionen um die Zusammensetzung der Preisindizes: Sollen neben aktuellen Gütern und Dienstleistungen auch Vermögensgegenstände in die Indizes integriert werden? Der Zusammenhang ist am einfachsten anhand von Immobilien zu verdeutlichen: zwar werden Mieten (Deutschland) bzw. Hypothekenzinsen (Vereinigtes Königreich) in den Index eingerechnet, die dahinterstehenden Immobilienwerte aber nicht. Dies hat zur Folge, daß sinkende Mieten gut für das geldpolitische Endziel – niedrige Inflationsraten – sind, aber gleichzeitig sinkende Vermögenswerte von den Eigentümern negativ bewertet werden und von den anderen Wirtschaftssubjekten als irrelevant erachtet werden. Vermögenswerte und ihr Verhältnis zu Schulden sind jedoch ein wichtiges Element in der Fisher'schen Schulden-Deflationsspirale. Sinkende Immobilienwerte wegen sinkender Mieteinnahmen können somit Vorboten größerer volkswirtschaftlicher Probleme sein, welche jedoch der Zentralbank durch die Optik ihres Endzieles entgehen.

Die Preisentwicklung von Vermögensgegenständen und von Gütern und Dienstleistungen ist zudem nicht synchron. Typischerweise sind die Preise für Güter- und Dienstleistungen sehr träge, so daß sich Störungen nur sehr langsam in den Preisindizes auswirken, wohingegen die Preise von Vermögensgegenständen extrem schnell reagieren. Auftretende Störungen beeinflussen wegen ihres zukunftsgerichteten Charakters die Vermögenspreise (Asset-Preise) früher und stärker als die Preise für Güter- und Dienstleistungen.

Deflation in ihrer heute thematisierten Form bezieht sich im wesentlichen auf Asset-price deflation, also auf den Wertverfall einer bestimmten Gruppe von Vermögensgegenständen.

¹¹ Siehe Svensson, L. E. O.: Monetary Policy Issues for the Eurosystem, NBER Working Paper No. 7177, Cambridge Mass., National Bureau of Economic Research

Beispiele: Aktien und Immobilien 1988/93 in Japan; Immobilien 1992/1993 in Großbritannien; Credit Crunch Phänomen in USA 1991/93. Dieser Wertverlust führt zu einem Rückgang des vorhandenen Anlagevermögens und zu einem negativen Nettovermögenswert der Eigentümer bei gegebenem Schuldenstand. Daraus ergeben sich erhebliche Konsequenzen für die Konsum- und Investitionsnachfrage der privaten Haushalte mit den bereits genannten Folgen.

Tritt tatsächlich eine allgemeine Deflation aller Preise ein, hat dies einen Anstieg des realen Wertes aller nominal ausgedrückten Verbindlichkeiten und Verträge zur Folge. In Fisher's Worten: Der »Dollar schwillt an«! Der Nominalzins kann zwar sinken, aber der Realzins liegt bei Deflation über dem Nominalzins. Die Deflation treibt einen Keil zwischen den Nominalzins und den Realzins. Der Anstieg des Realzinses bewirkt tendenziell einen Rückgang der Investitionen sowie eine Verlagerung des Konsums in die Zukunft. Da jedoch das geldpolitische Instrumentarium nach unten hin begrenzt ist, sind die Gefahren einer Deflation größer für die Geldpolitik als die Gefahren einer Inflation.

Bei vollständiger Preisflexibilität und vollkommener Voraussicht hätte Deflation wie Inflation keinen Einfluß auf die realwirtschaftliche Aktivität. Preisanpassungen würden sich sofort vollziehen. Tatsächlich bestehen Friktionen und Rigiditäten, welche dazu führen, daß diese Aussage wenig empirischen Gehalt besitzt. Die Existenz von Geld – eines intrinsisch wertlosen Gutes – führt zu einer asymmetrischen Vermögensentwicklung bei Preisniveaue Anpassung: Im Falle der Inflation versuchen die Wirtschaftssubjekte, sich des wertlosen Geldes zu entledigen. Im Falle der Deflation fragen die Wirtschaftssubjekte Geld nach, obwohl es ihnen keinen Nutzen bringt. In beiden Fällen bewirkt es eine Störung des Tauschhandels. Weitere Friktionen können Unsicherheit, asymmetrische und unvollständige Information sein, welche zu Wiederverhandlungskosten, Transaktionskosten und Koordinationsversagen führen.

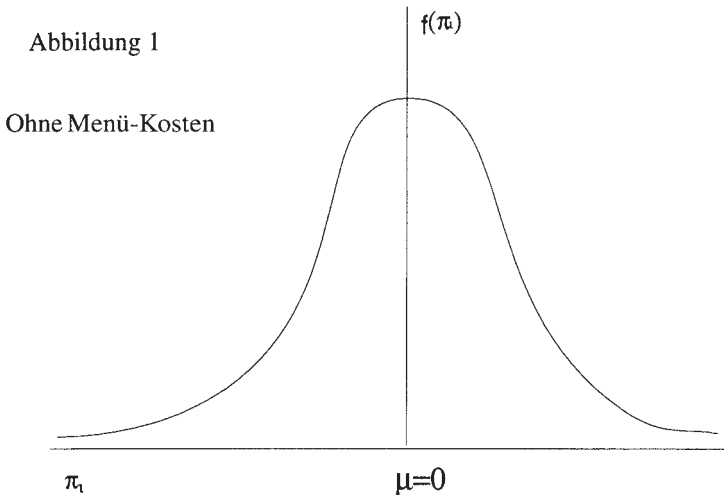
Preise einer Volkswirtschaft passen sich nicht unendlich schnell an. Sie sind über gewisse Zeiträume starr und vor allem nach unten inflexibel. Zudem gibt es Gründe, anzunehmen, daß die ausgewiesene Inflationsrate die tatsächliche – möglicherweise – deflatorische Entwicklung nicht erfaßt.

Die Ablehnung der Annahme vollständiger Preisflexibilität wird in der modernen Makroökonomie mit

1. Menükosten: Anpassungskosten bei der Preisauszeichnung,
 2. monopolistischer Konkurrenz zwischen Produzenten,
 3. zeitlicher, nicht wiederverhandelbarer Vertragsgestaltung,
- erklärt. Die Preisanpassungen finden somit nicht fortlaufend statt, sondern die Preise der einzelnen Güter werden über einen Zeitraum konstant gehalten.

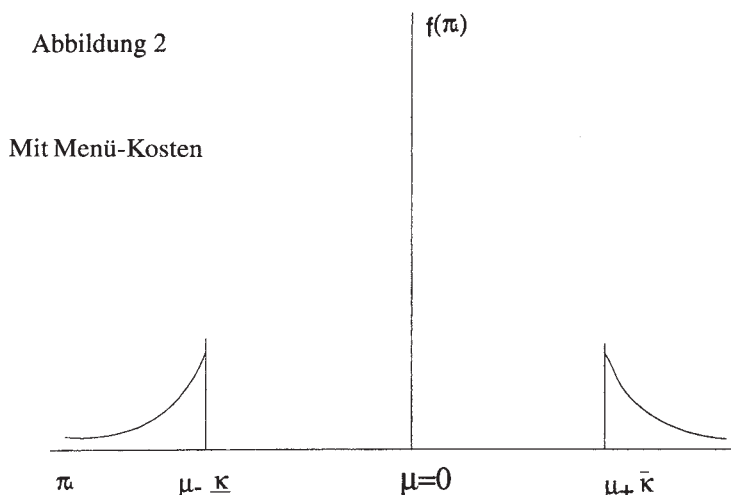
ten, um dann in einem Schritt um einen bestimmten Betrag angepaßt zu werden. In der Zeit zwischen den Preisanpassungen können Störungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bzw. des Angebotes zu Änderungen des Produktionsoutputs führen. Insbesondere führen monetäre Störungen zu Veränderungen des Outputs, wodurch die Geldpolitik realwirtschaftlich wirksam wird. Die Trägheit der Preise gilt auch für Löhne.

Folgt man der Argumentation von Ball/Mankiw (1995)¹², daß Unternehmen beispielsweise in gewissen Abständen ihre Preise überprüfen und die entsprechenden Menü-Kosten übernehmen, jedoch bei Auftreten größerer Nachfrageschocks eine sofortige außerplanmäßige Preisanpassung vornehmen, erfolgen die Preisanpassungen asymmetrisch, wenn langfristige, positive Inflationserwartungen vorliegen. Der Ansatz von Ball/Mankiw ist somit in der Lage, *nach unten rigides Preisanpassungsverhalten* von Unternehmen und Löhnen zu erklären. Positive Preisschocks führen zu stärkeren Reaktionen als negative. In Abb. 1 wird ein Kontinuum von Unternehmen in einer Volkswirtschaft betrachtet, welche von Störungen getroffen werden, ohne jedoch Inflationserwartungen zu berücksichtigen. Die Störungen veranlassen die Unternehmen, ihre individuellen Preise zu verändern. Es wird ein linearer Zusammenhang zwischen Störungen und Preisänderungen unterstellt.



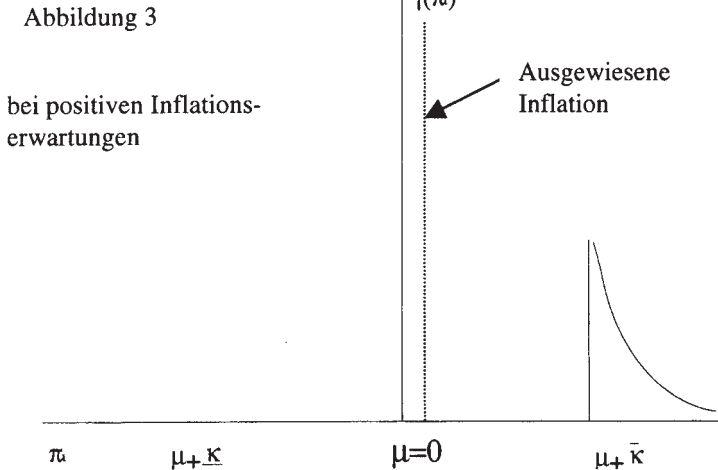
¹² Ball, L. und N. G. Mankiw (1995) Relative-price changes as aggregate supply shocks, The Quarterly Journal of Economics, February

Der Mittelwert ist der Durchschnitt der Einzelpreisänderungen und entspricht der beobachteten Inflationsrate von Null. Die Beachtung von Menükosten führt nun dazu, daß nur bei größeren Störungen die Anpassungen an den Verteilungsrändern tatsächlich vorgenommen werden, im Kernbereich findet wegen des Kostenabwägungsgedankens keine Veränderung der einzelnen Preise statt. Die Verteilung bleibt symmetrisch, weil weiterhin keine Inflationserwartungen betrachtet werden.



Müssen die Wirtschaftssubjekte die bereits erwähnten Menükosten aufbringen und nimmt man jetzt die Existenz positiver Inflationserwartungen an, kommt es zu einem asymmetrischen Preisanpassungsverhalten. Besitzen die Wirtschaftssubjekte diese Erwartungen, so führen positive Nachfragestörungen zu stärkeren Preisanpassungen, weil zukünftige Routine, Preisanpassungen und die Menü-Kosten vorweggenommen werden. Hingegen führen negative Nachfragestörungen erst ab einer bestimmten Höhe zu einer entsprechenden Senkung des relativen Preises. Bei Inflationserwartungen führt das Auftreten tatsächlicher Inflation zu einem automatischen Rückgang des relativen Preises des Gutes, dessen Preis gegenüber den gestiegenen Preisen anderer Güter unverändert bleibt. Eine Preisanpassung ist nicht notwendig.

Die ausgewiesene Inflationsrate wird über die mittlere Preisänderungsrate der einzelnen Unternehmen berechnet, weil in die Berechnung der Inflationsrate nur die tatsächlich durchgeführten Preisänderungen eingehen. Ein



solches differenzierendes Verhalten der Unternehmen ist durchaus plausibel, da sich Preisanhebungen zwischen Gütergruppen mit hoher Visibilität (enge Substitutionsbeziehungen) negativer auf die Nachfrage auswirken dürften als bei geringer Preisvisibilität.

Bei einer Erhebung von 171 amerikanischen Unternehmen wurden bei 217 Antworten folgende Begründungen für unterlassene Preisanpassungen genannt:¹³

»It would antagonize or cause difficulties for our customers (41mal)«

»Competitive pressures (28mal)«

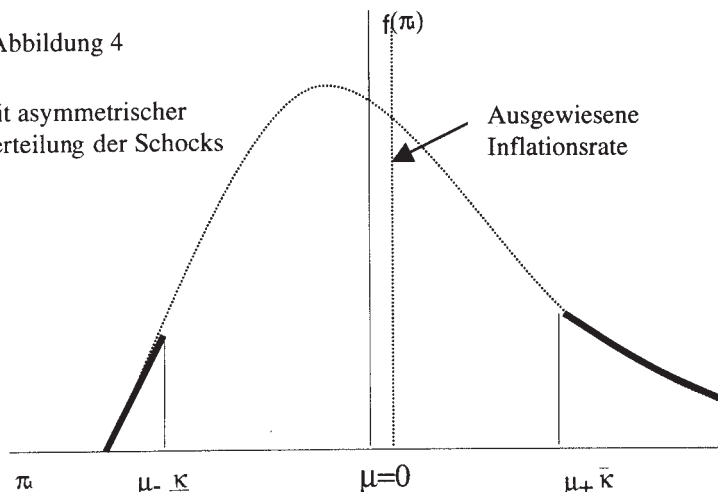
»Costs of changing prices (28mal)«

Ein solches asymmetrisches Verhalten der Preisanpassung läßt sich also durchaus empirisch belegen.

Eine weitere Erklärung für einen verzerrten Ausweis der Inflation könnte eine asymmetrische Reaktion der notwendigen Preisreaktionen auf den Schock sein. Es gibt zunehmend Evidenz dafür, daß Schocks gewisse Branchen oder Sektoren stärker beeinflussen als andere, so daß bereits die originäre Reaktion der Unternehmen eine andere ist. Zum Beispiel kann man dies an der Reaktion auf eine Störung der Energiepreise sehen.

¹³ Blinder, A. (1994): On Sticky Prices: Academic Theories Meet the Real World, in: Mankiw, G. N. (Hrsg.): Monetary Policy, National Bureau of Economic Research, Studies in Business Cycles, Vol. 29, Chicago

Abbildung 4

Mit asymmetrischer
Verteilung der Schocks

Es ist aus der Abbildung 4 durch die linksschiefe Verteilung des Schocks ersichtlich, daß die Reaktion auf den Schock bereits stark deflatorischen Charakter aufweist. Trotzdem wird immer noch eine leicht positive Inflationsrate ausgewiesen. Betrachtet man nicht den Durchschnitt der einzelnen Preisänderungen, sondern die medianen Änderungen, träte eine Deflation an den Tag. Es besteht somit durchaus die Möglichkeit, daß die Wirtschaftsstatistik eine positive Inflationsrate aufweist, welche zur Aufrechterhaltung von positiven Inflationserwartungen beiträgt. Tatsächlich befinden sich die meisten Unternehmen in einer stark kontraktiven, deflatorischen Lage.

Ball/Mankiw (1995) zeigen, daß es eine positive Verbindung zwischen der Verteilung der Störung und dem Mittelwert der ausgewiesenen Inflation gibt. Die Jahre mit erheblicher Verzerrung nach unten sind die Jahre mit fallender Inflationsrate.

Akerlof/Dickens/Perry (1996)¹⁴ haben die Verteilung von Nominallohnänderungen für das produzierende Gewerbe der USA anhand von Daten des Bureau of Labor Statistics untersucht und festgestellt, daß zwar ein erheblicher Teil der Firmen (20–40%) in den niedrigen Inflationsperioden keine Lohnerhöhungen gewährt hat und selbst in den hochinflationären Perioden der 70er Jahre keine Erhöhungen gewährt wurden, jedoch nur ein sehr geringer Anteil (unter 0,5%) eine Nominallohnsenkung durchgesetzt

¹⁴ Akerlof, G. A., W. T. Dickens und P. L. Perry (1996): The Macroeconomics of Low Inflation, Brookings Papers on Economic Activity, 1

hat. Diese Information deckt sich mit einer Studie von Bewley/Brainard (1993), welche zeigt, daß bei einer Befragung von Arbeitnehmern 62% eine Lohnsenkung um 7% als »unfair« betrachten würden, wenn die Firma nur einen kleinen Gewinn bei Null Inflation machen würde. Sollte die Inflation jedoch 12%, die Nominallohnerhöhung aber nur 5% betragen, hielten diese Anpassung nur 22% für »unfair«. Offensichtlich besteht bei Unternehmen und Arbeitskräften eine Aversion gegen die Senkung der Nominallöhne, eher soll der Anpassungsprozeß stillschweigend erfolgen. Unternehmen begründen die Aversion gegen Lohnsenkungen in den USA mit der Angst, die produktivsten Arbeitskräfte zu verlieren, welche nach Ansicht von Akerlof/Dickens/Perry (1996) sowieso schon unterdurchschnittlich bezahlt wurden, sowie mit weitreichenden Folgen für die Anreizmechanismen und die Motivation im Unternehmen. Nur in absoluten Notsituationen sind Arbeitnehmer bereit nach dieser Studie, tatsächlich Lohnsenkungen hinzunehmen. Dieses Ergebnis muß jedoch im Zusammenhang mit der Analyse des Preissetzungsverhaltens von Unternehmen betrachtet werden, so daß die Aversion ebenfalls durch die Erwartungen steigender Löhne und steigender Preise zustandekommen kann.

6. Vermögenseffekte

Ein Vermögenseffekt ist die durch eine Vermögensänderung ausgelöste Wirkung auf beliebige volkswirtschaftliche Variablen.¹⁵ Theoretische Fortführungen der Vermögenseffekte treten hauptsächlich im Rahmen von Kritiken der neoklassischen und keynesianischen Transmissionstheorie der 40er Jahre auf: Der Pigou-Effekt einerseits und andererseits im Rahmen moderner Ansätze in den letzten 10 Jahren, welche die Auswirkungen von Vermögenseffekten im Rahmen von unvollkommenen Kapitalmärkten analysieren und als Bankkredit- und Bilanzkanal-Sicht der monetären Transmission bekannt geworden sind.

Der bekannteste Vermögenseffekt ist der Realkasseneffekt von Pigou. Dieser wurde speziell auf die Situation der Liquiditätsfalle von Keynes gemünzt. Er soll zeigen, daß eine Erhöhung des Realvermögens nicht nur Auswirkungen auf die Wertpapiernachfrage besitzt, sondern auch auf Güter und Dienstleistungen. Der Effekt begründet somit, warum Preisniveauänderungen einen direkten Einfluß auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage besitzen können.

¹⁵ Felderer, B./Homburg, S. (1991): S. 195.

In perfekten Märkten wird das Ausgabeverhalten der Wirtschaftssubjekte von der Höhe des Gesamtvermögens und den relativen Preisen zwischen Gütern abhängen. Der Besitz eines bestimmten Aktivums würde auf das Ausgabeverhalten keinen Einfluß haben. Bestehen jedoch Imperfektionen auf den Güter- oder Kapitalmärkten, dann kann der Besitz von Geld durch die Lockerung von Liquiditätsbeschränkungen zu einer Erhöhung der Güternachfrage führen.

Ausgegangen wird von einem Anstieg der Realkasse, die Teil des Vermögens der Wirtschaftssubjekte ist. Dadurch steigt das Vermögen und bewirkt ein Ungleichgewicht zwischen Einkommensstrom und Vermögensbestand, welcher nicht durch einen Zinsrückgang ausgeglichen wird. Der gewünschte Bestand wird durch einen Rückgang der Ersparnis und eine Zunahme des Konsums ausgeglichen. Der Pigou-Effekt bedeutet, daß bei steigender Geldmenge oder fallenden Preisen die Ersparnis ab- und der Konsum zunimmt, weil das Vermögen der Wirtschaftssubjekte steigt.

Erhebliche Kritik am Pigou-Effekt setzte am Ausgangspunkt der Überlegung der Kassenhaltung der privaten Wirtschaftssubjekte an. Der größte Teil der Geldmenge besteht aus Einlagen bei Banken und anderen Finanzintermediären (Monetary Financial Institutions, MFI), deren Bilanzgegenpositionen Forderungen der MFI an Nichtbanken darstellen. Ende 1998 hatten die MFI im Euro-Währungsgebiet Einlagen von Unternehmen und Privatpersonen sowie Repogeschäfte und Geldmarktanteile in Höhe von Euro 5057,3 Mrd. emittiert, jedoch gleichzeitig Forderungen an Einleger in Höhe von Euro 5596,2 Mrd.¹⁶

Ein Rückgang des Preisniveaus wird somit nicht nur zu einer Zunahme des Realvermögens der Einleger führen, sondern ebenfalls zu einer Zunahme der realen Schuldenlast bei den Kreditnehmern des Bankensystems. Um eine Erhöhung des Konsums vorauszusagen, muß angenommen werden, daß die Ausgaben der Gläubiger stärker reagieren als die Ausgaben der Schuldner. Ein solches Verhalten erscheint nicht plausibel, weil Schuldner mehr ausgeben als sie einnehmen, gerade weil sie Schuldner sind: In Worten Tobin's:

»Debtors are debtors because they have a high propensity to spend.«¹⁷

In einer Deflation würde ein stärkeres Ausgabenverhalten der Schuldner nicht zu dem Pigou-Effekt, sondern zu dem nach Fisher benannten Fisher-Effekt führen.¹⁸

¹⁶ Deutsche Bundesbank (1999): S. 10ff.

¹⁷ Tobin, J. (1975): S. 197

¹⁸ Felderer, B./Homburg, S. (1991): S. 205.

Es kommt demnach auf den Anteil des Vermögens oder der Kasse an, welchem keine entsprechende Verbindlichkeit des privaten Sektors gegenübersteht. Hier greift nun die Differenzierung der Geldtheorie zwischen *Innengeld* einerseits, welches Geldbestände in den Händen der privaten Nichtbanken umfaßt, denen entsprechende Verbindlichkeiten von Nichtbanken gegenüberstehen, und andererseits *Außengeld*, welches als Verbindlichkeit des Staates oder des Auslandes entstanden ist. Außengeld steht in der Regel für das in Umlauf befindliche Bargeld. Ausgabenwirksam im Rahmen eines Vermögenseffektes ist nur der Teil der monetären Basis in den Händen der Nichtbanken – also das Bargeld.

Ausgabenwirksam könnten jedoch auch weitere nicht-monetäre Verbindlichkeiten des Staates sein, sofern sie Teil des Netto-Vermögens der privaten Nichtbanken sind. Hier wäre in erster Linie an die Verschuldung des Staates zu denken. Hierbei ist zu hinterfragen, inwiefern die Wirtschaftssubjekte sich die Staatsschulden als Teil ihres eigenen Vermögens zurechnen. Sofern die Wirtschaftssubjekte die für die zukünftigen Zins- und Tilgungslasten aufzubringenden Steuern mit demselben Zinssatz diskontieren wie die Zahlungen selbst, stellt die ausstehende Staatsschuld kein Netto-Vermögen der Privaten dar. Ein Preisniveaurückgang, welcher den realen Wert der Staatsschuld erhöht, würde zu einer ebenso starken Erhöhung der zukünftigen realen Steuerlast führen. Das Vermögen bliebe unverändert.

Diese theoretische Aussage beruht zwar auf vereinfachenden Annahmen – daß Wirtschaftssubjekte unendlich leben, mit den gleichen Zinssätzen die Zahlungen diskontieren wie der Staat, obwohl dieser in der Regel günstigere Finanzierungskonditionen besitzt, und die Steuern pro Kopf erhoben werden. In der Quintessenz ist jedoch in Frage zu stellen, ob ein höheres Realvermögen wegen eines gesunkenen Preisniveaus bei höheren zukünftigen Steuerlasten zu einem expansiven Ausgabenverhalten der Privaten führen wird.

7. Politikempfehlungen

Befindet sich eine Volkswirtschaft in einer Liquiditätsfalle und ist sie deflationischen Gefahren ausgesetzt, stehen den wirtschaftspolitisch Verantwortlichen wenige Optionen offen.

Es bieten sich grundsätzlich zwei Wege an: Zum einen prozeßpolitische Empfehlungen, zum anderen Vorschläge zur Neuordnung des Geld- und Finanzsystems.

Fiskalpolitische Maßnahmen zählen zum traditionellen Lösungsvorschlag in der Liquiditätsfalle. Der Staat sollte beispielsweise durch expansive Ausgabenprogramme oder Steuersenkungen bei gleichzeitiger Schul-

denaufnahme die Wirtschaft ankurbeln. Doch gelingen diese einfachen Rezepte nicht, wenn sie das Ausgabeverhalten des privaten Sektors nicht ändern können. Hierfür gibt es unterschiedliche Erklärungsansätze.

Wird z. B. bei einer Steuersenkung erwartet, daß sich der Staat heute verschuldet und dafür zukünftig die Bürger mit höheren Steuern belastet, überträgt sich diese Erwartung schon auf das heutige Ausgabeverhalten. Es wird mehr gespart, um die höheren zukünftigen Steuern begleichen zu können, ein Phänomen, das in der Literatur unter dem Namen »Ricardianische Äquivalenz« bekannt ist.

Weiterhin kann die demographische Entwicklung einer Region eine mögliche Begründung für ein niedrigeres Ausgabenverhalten sein. Wenn der größte Teil der Bevölkerung zwar heute zum arbeitenden Teil zählt, zukünftig aber in den Ruhestand kehrt, ist eine niedrigere Zeitpräferenz für heutigen Konsum zugunsten höherer Konsummöglichkeiten im Alter möglich. Mit anderen Worten: die Bevölkerung spart lieber für ihre Altersversorgung. Neben der demographischen Entwicklung läßt sich eine hohe Sparneigung generell auch mit pessimistischen Zukunftserwartungen erklären.

Auch die Fiskalpolitik als traditionelle Empfehlung für den Ausweg aus einer Liquiditätsfalle besitzt Mängel in ihrer Wirkung. Die Geldpolitik dagegen besitzt in einfachen ökonomischen Modellen in der Liquiditätsfalle keine positive Wirkungsmöglichkeit. Der Transmissionsmechanismus, der über eine Zinssenkung zu einer Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage führt, ist in der Liquiditätsfalle gestört. Sind die Nominalzinsen nahe Null, besteht kaum noch Raum, über eine Nominalzinssenkung die Realzinsen zu verringern. Vor dem Hintergrund, daß sich der Fisher'sche Realzins aus dem Nominalzins abzüglich der erwarteten Inflationsrate ergibt, besteht die einzige Möglichkeit der geldpolitisch Verantwortlichen darin, den Realzins durch das nachhaltige Wecken von Inflationserwartungen zu senken. Diese Möglichkeit ist theoretisch plausibel, doch wirft ihre praktische Ausführung weitere Fragen auf.

Eine prinzipiell andere Annäherung zur Bekämpfung einer Liquiditätsfalle und ihrer deflatorischen Gefahren besteht in der Neuordnung des Geld- und Finanzsystems.

Eine Auffälligkeit schwerer Krisen besteht darin, daß sie in der Regel mit einer Zerrüttung des Finanzsystems verbunden sind. Geld in seiner Funktion als Transaktionsmittel wird nur sehr eingeschränkt für Güterkäufe verwendet. Dies liegt zum einen an einem typischen Teufelskreis in der Deflation: Die Unternehmen produzieren nicht, weil die Haushalte nicht kaufen und die Haushalte kaufen nicht wegen pessimistischer Zukunftserwartungen. Zum anderen kann der Geldschöpfungsprozeß über das Bankensystem nicht stattfinden, da das Vertrauen in seine Stabilität fehlt.

Zur Begegnung der ersten möglichen Ursache, der Bekämpfung des Teufelskreises, ist bereits in der Weltwirtschaftskrise die Idee eines sogenannten Stamp Scrip geboren worden, ein Vorschlag, der im Umgang mit Liquiditätsfallen gelegentlich auch heute noch diskutiert wird.¹⁹ Um erst einmal die Haushalte zum Kaufen zu bewegen, sieht der Vorschlag vor, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und damit seine Effektivität in der Erfüllung der Zahlungsmittelfunktion zu erhöhen. Stamp Scrip nach dem Vorschlag von Fisher (1933) wird zur Ergänzung des regulären Bargeldumlaufs eingeführt. Es kann diesem Vorschlag zufolge genauso wie Geld investiert, auf einem Bankkonto eingezahlt oder ausgegeben werden, doch im Gegensatz zum »herkömmlichen« Geld kann es nicht gehortet werden. Auf der Rückseite der Note würden beispielsweise Gebührenmarken mit einer Gültigkeitsdauer von einer Woche plziert werden. Nur mit gültiger Gebührenmarke kann Stamp Scrip als Zahlungsmittel verwendet werden, ohne sie verliert es seine Zahlungsmittelfunktion. Der Vorschlag sieht im Prinzip vor, die Geldhaltung mit einem negativen Nominalzins zu belegen bzw. Steuern auf die Geldhaltung zu erheben. Neben anderen Kritikpunkten, beispielsweise der möglichen regressiven Wirkung (einkommensschwächere Personen halten relativ mehr Geld zu Transaktionszwecken) sind im Falle der Einführung einer neuen Geldart die Kosten der technischen Ausgestaltung gegenüber dem Nutzen abzuwägen, die bindende Null-Untergrenze für Nominalzinsen abzuschaffen. Zudem ist die generelle Akzeptanz von Stamp Scrip nicht allein durch staatliche Verordnung garantiert: Geld ist eine soziale Konvention, die Verwendung von Geld durch andere und die damit steigende gegenseitige Akzeptanz eines Mediums als Geld fördert seine Vorteilhaftigkeit als Zahlungsmittel gegenüber anderen Medien.

Der Vorschlag zur Verwendung von Stamp Scrip wurde nach der Weltwirtschaftskrise vorübergehend in Teilen der kanadischen Provinz Alberta in die Praxis umgesetzt, jedoch ohne Erfolg. Ähnliche Versuche wurden in den 30er Jahren im österreichischen Wörgl unternommen und der Vorschlag wurde selbst von Irving Fisher nur übergangsweise für Zeiten extremer Krisen empfohlen.

Zur Lösung der Frage, wie das Vertrauen in das Bankensystem wiederhergestellt werden kann, bieten sich konventionelle Vorschläge zur Bankenregulierung und zur Reform der Geldverfassung an.

¹⁹ vgl. Fisher, I. (1934) Stamp Scrip, New York, Adelphi Co. Die ursprüngliche Idee stammt von Gesell, S. (1949) Die Natürliche Wirtschaftsordnung, Rudolf Zitzman Verlag, als Beispiel für die derzeitige Diskussion siehe Buiter, W. H. und N. Panigirtzoglou (1999): Liquidity Traps: How to avoid them and how to escape them, NBER Working Paper No. 7245

Nach der Weltwirtschaftskrise, aber auch in Japan, sind verschiedene Vorschläge zur Verbesserung der Bankenregulierung umgesetzt worden. Hierzu gehören u.a. die Rolle der Zentralbank als Lender of Last Resort und eine Einlagenversicherung für das Bankensystem mit ihren inhärenten Problemen, ein sogenanntes Moral Hazard Verhalten bei den Versicherten auszulösen. Der Schutz des Bankensystems vor Risiken kann wiederum das Eingehen höherer Risiken implizieren. Eigenkapitalrichtlinien oder die Trennung der Geschäftsfelder von Banken gelten dagegen eher als präventive Maßnahmen, die die Möglichkeit eines Bankzusammenbruchs verhindern sollen. Wie sich an den Fallbeispielen USA und Japan zeigt, ist ohne ein gesundes Bankensystem und damit ohne das Vertrauen in das Bankensystem bei noch möglichem Zinssenkungsspielraum der Zentralbank die Erhöhung der Geldmengenaggregate über die Kreditschöpfung des Bankensektors eingeschränkt. Noch schwieriger wird die Heilung des Bankensektors in der Liquiditätsfalle, da hier die bankenpolitischen Maßnahmen nicht einmal mehr durch eine noch expansivere Geldpolitik begleitet werden können.

Um u. a. das Problem einer schwebenden staatlichen Verbindlichkeit zu umgehen – letztlich finanzieren doch öffentliche Gelder den Aufbau eines geschädigten Bankensystems –, wird bei Reformvorschlägen zur Geldverfassung diskutiert, ob nicht ein Teil des Bankengeldes mit 100 % Reserven, also Zentralbankgeld, gedeckt werden sollte.²⁰ Damit ist dieser Teil des Bankengeldes unter direkter staatlicher Kontrolle. Für alle weiteren Depositionen und geldnahen Aktiva übernimmt die Regierung keine Haftung. Doch wird das Moral Hazard Problem nicht endgültig beseitigt. Bei der drohenden Gefahr eines Zusammenbruchs einer gesamtwirtschaftlich bedeutenden Bank verbleibt das Problem, daß dies in den Augen des Staates ein Systemrisiko im Finanzsystem auslösen kann und die Bank letztlich doch gestützt wird, die sogenannte »Too Big To Fail Doctrine« also auch hier zutrifft.

Schlußfolgerungen

Deflationäre Gefahren und Situationen, die mit dem Begriff Liquiditätsfalle beschrieben werden können, sind offensichtlich noch nicht in die theoretischen Teile von Lehrbüchern zurückgekehrt. Deflationäre Entwicklungen

²⁰ siehe hierzu Fisher, I. (1945), 100% Money, New Haven: The City Printing Company, S. 3–20, Friedman, M. (1959): A Program for Monetary Stability, Fordham University Press, New York City

können wieder praktische Relevanz erlangen, zumal gerade die beobachtete Inflation die tatsächliche Inflation überschätzen könnte und so bei niedrigen Inflationsraten schon Vorsicht geboten ist. Überlegungen bezüglich deflationärer Tendenzen sollten demnach auch in der Formulierung der geldpolitischen Ziele berücksichtigt werden. Doch verlangt die Verhinderung von schweren Konjunkturerinbrüchen nicht nur gut dosierte und rechtzeitig eingesetzte prozeßpolitische Maßnahmen, sondern auch einen Ordnungsrahmen für die Erhaltung eines gesunden Finanzsystems, dessen Zustand eine Schlüsselrolle für die Dauer und Stärke vieler Krisen gespielt hat.

Literatur:

- Akerlof, G. A. , W. T. Dickens und P. L. Perry (1996): The Macroeconomics of Low Inflation, Brookings Papers on Economic Activity, 1
- Ball, L. und N. G. Mankiw (1995) Relative-price changes as aggregate supply shocks, The Quarterly Journal of Economics, February
- Bewley, T. und W. Brainard (1993) A depressed labor market, as explained by participants, Yale University, February, Mimeo
- Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Jahresbericht 1998/99
- Blinder, A. (1994): On Sticky Prices: Academic Theories Meet the Real World, in Mankiw, G.N.(Hrsg.): Monetary Policy, National Bureau of Economic Research, Studies in Business Cycles, Vol. 29, Chicago
- Buiter, W. H. und N. Panigirtzoglou (1999): Liquidity Traps: How to avoid them and how to escape them, NBER Working Paper No. 7245
- Cecchetti, S. G. (1992) The Stock Market Crash of October 1929, in The New Palgrave Dictionary of Money and Finance, The Macmillan Press Limited, London, S. 573-576
- Felderer, B. und S. Homburg (1991) Makroökonomik und neue Makroökonomik, Springer, Berlin u.a.
- Fisher, I. (1932) Booms and Depressions, Adelphi Co., New York
- Fisher, I. (1934) Stamp Scrip, New York, Adelphi Co., New York
- Fisher, I. (1945), 100% Money, New Haven: The City Printing Company
- Gesell, S. (1949) Die Natürliche Wirtschaftsordnung, Rudolf Zitzman Verlag
- Hoffmann, J.(1998): Probleme der Inflationsmessung in Deutschland, Diskussionspapier 1/98, Volkswirtschaftliche Forschungsgruppe der Deutschen Bundesbank
- Lincoln, E. J.(1998): Japan's Financial Problems, in Brookings Papers on Economic Activity, 2
- Moulton, B. (1996) Bias in the Consumer Price Index: What is the Evidence? Journal of Economic Perspective 10, No. 4

Orphanides, A. und V. Wieland (1998): Price Stability and Monetary Policy Effectiveness when Nominal Interest Rates are Bounded at Zero, Board of Governors of the Federal Reserve System, Washington

Svensson, L. E. O.: Monetary Policy Issues for the Eurosystem, NBER Working Paper No. 7177, Cambridge Mass., National Bureau of Economic Research

Temin, P. (1976): Did Monetary Forces Cause the Great Depression?, Norton, New York

Thiel, M. (1996): Eine Theorie der rationalen Finanzkrise, Peter Lang GmbH

Tobin, J. (1975) Keynesian Models of Recession and Depression, American Economic Review, Papers and Proceedings 65 (2)

Das Verhältnis der Generationen: Solidarität oder Konflikt?¹⁾

Kurt Biedenkopf

Sehr geehrter Herr Geyer, sehr geehrter Herr Kollege Schily,
Herr Prof. Birg, meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich bin Herrn Prof. Birg für sein Referat dankbar, für seine schonungslose Darstellung eines Sachverhalts, der in der Tat seit Jahren bekannt ist, aber unterdrückt wird. Ich sage das mit der gleichen Deutlichkeit wie Prof. Birg, denn das ist nicht nur eine wissenschaftliche Feststellung, sondern eine politisch bedeutsame Tatsachenfeststellung.

Seit Jahren wird im Zusammenhang mit der Rentenreform und der langfristigen Auswirkung der demographischen Entwicklung über Zuwanderung – nicht Einwanderung, aber in der Sache ist es dasselbe – gesprochen. Gleichzeitig werden aber die für einen geordneten Prozeß notwendigen Voraussetzungen nicht diskutiert. Wir haben hier also ein Dilemma. Daß dieses Dilemma aufgelöst werden muß, wenn wir nicht zu politisch unerträglichen Konsequenzen in Deutschland kommen wollen, steht für mich fest. Denn, was Herr Prof. Birg beschrieben hat, ist die Wirklichkeit. Wenn ich eine Erfahrung in meinem beruflichen und politischen Leben gemacht habe, dann ist es die, daß sich die Wirklichkeit nur eine begrenzte Zeit unterdrücken läßt und sich dann Bahn bricht, aber nicht mehr in geordneter Form. Dann sind in der Regel diejenigen die nachteilig Betroffenen, die sich zu lange darauf verlassen haben, daß man die alte Wirklichkeit auch in der Zukunft weiter erhalten kann, jedoch nicht mehr durch Erhalt der Wirklichkeit, sondern durch Erhalt der Institutionen, die auf der alten Wirklichkeit beruhen.

Ich möchte der Fragestellung »Generationsbeziehung: Solidarität oder Konflikt?« ein kleines Beispiel für die Art und Weise vorausschicken, wie wir das heute behandeln, nämlich zu einem erheblichen Teil durch Umfragen. Wir fragen also die jetzigen Generationen, die Alten und die Erwerbstätigen, wie sie es denn mit dem Generationenkonflikt halten. Mir liegt hier, stellvertretend für viele, eine Umfrage vor, die DIE ZEIT durchgeführt hat, mit entsprechenden Ergebnissen. Dort wird gefragt: »Wären Sie dafür, daß es in Zukunft eine aus Steuern finanzierte Grundrente gibt, die für alle

¹⁾ Vortrag, gehalten auf der Gewerkschaftstagung des Deutschen Beamtenbundes am 11. 1. 1999 in Bad Kissingen

gleich hoch ist, egal ob und wie lange jemand gearbeitet hat?« Die Bevölkerung sagt zu 73 Prozent nein. Sehr einleuchtend. Wer ist schon dafür, daß jemand, der nicht arbeitet, etwas bekommt. Eine solche Frage wird dann zur Grundlage politischer Entscheidung gemacht, obwohl diese Frage völlig unsinnig ist. Denn diejenigen, die gefragt worden sind, wissen ja gar nicht, warum man eine Änderung anstrebt. Sie wissen nicht, wie die Alternativen aussehen. Aber sie fühlen, daß da etwas ist, was sich verändert hat. Denn aus derselben Umfrage ergibt sich, daß die heutige Erwerbsgeneration durchaus bereit ist, notfalls auch höhere Beiträge zu zahlen, um die Renten der Älteren, eben der Elterngeneration, sicherzustellen.

Auf der anderen Seite meinen 75 Prozent, daß die Rentenversicherung verändert werden muß. Sie sind auch überzeugt davon, daß das notwendig sei. Aber sie wollen im System bleiben. Und schließlich, was das interessanteste ist: Mehr als die Hälfte aller Befragten und fast Dreiviertel der Jüngeren würden sich lieber eigenständig eine Altersversicherung aufbauen als ihre Beiträge einem großen Apparat anzuvertrauen.

Es ist ganz offensichtlich, daß diese verschiedenen Einstellungen zu verschiedenen Fragen zum Teil völlig inkompatibel sind. Man kann nicht auf der einen Seite das System langfristig aufrechterhalten wollen und gleichzeitig, zu immerhin Dreiviertel, und dabei handelt es sich im wesentlichen um die Erwerbsbevölkerung, etwas ganz anderes wollen. Tatsache ist, daß im Generationenvertrag beides geleistet werden muß. Es müssen die Alten versorgt werden, und es muß Altersvorsorge geleistet werden. Sie mögen sagen, daß das ja alles ganz einfach sei und selbstverständlich. In der deutschen politischen Debatte ist das jedoch überhaupt nicht selbstverständlich. Die deutsche politische Debatte geht davon aus, daß mit den Rentenbeiträgen Altersvorsorge geleistet wird. Das ist falsch. Mit den Rentenbeiträgen wird Altersfürsorge geleistet. Mit den Rentenbeiträgen wird nämlich im Umlagesystem das Einkommen der Alten bezahlt. Aus der Bezahlung des Einkommens der Alten als solches erwächst keine Altersvorsorge. Es erwächst allenfalls ein moralischer, noch nicht einmal ein rechtlich dauerhaft gesicherter Anspruch darauf, daß sich die nachwachsenden Generationen genauso verhalten wie diejenigen, die derzeit Beiträge zahlen.

Insofern trägt jede Erwerbsgeneration eine doppelte Belastung. Einmal sorgt sie für die jetzt Alten, also für die Elterngeneration. Zum zweiten sorgt sie für ihr eigenes Alter, und zwar durch Investition. Durch Investition in Kinder oder in Kapital und/oder Wissen. Ein anderes Alterssicherungssystem gibt es nicht. Deshalb ist der Einwand, eine Veränderung, wie immer sie auch aussähe, führe zu einer Doppelbelastung der Bevölkerung, unsinnig.

Es gibt eine sehr schöne Fabel von Johann Peter Hebel, die das wirklich auf den Punkt bringt. Er beschreibt, daß er einem Bauern begegnet sei, der

drei Brote getragen habe. Und er habe ihn gefragt, was er denn mit den drei Broten mache. Daraufhin habe der Bauer ihm geantwortet, ein Brot sei für seine Frau und ihn selbst. Das zweite Brot sei für seine Eltern, und das dritte Brot sei für seine Kinder.

Aus diesem Beispiel ergibt sich, daß neben dem Unterhalt für die eigene, für die erwerbstätige Generation, immer zwei Teile der Bevölkerung, nämlich die noch nicht Erwerbsfähigen und die nicht mehr Erwerbsfähigen, mitfinanziert werden müssen. Die noch nicht Erwerbsfähigen mitzufinanzieren, war ursprünglich in den Vorschlägen zur Einführung der dynamischen Rente unter Konrad Adenauer angelegt. Diese hatten eine dreidimensionale Alterssicherung im Blick. Das ist damals nicht verwirklicht worden. Das Wort, das Konrad Adenauer in diesem Zusammenhang zugeschrieben wird, ist ja berühmt. Er sagte: Kinder haben die Leute sowieso. Deshalb brauche man im Bezug auf die Altersvorsorge nichts zu tun. Das war ein entscheidender Irrtum. Einen Generationenkonflikt, der uns vor die Frage stellt, ob wir den Konflikt suchen oder Solidarität üben sollen, gibt es zwischen meiner Generation und der Generation meiner Kinder nicht. Denn meine Generation hat in einem Umfang, der ja als Babyboom bezeichnet wurde, Kinder in die Welt gesetzt und großgezogen, welcher ausreichte, um für uns Altersvorsorge zu betreiben. Unsere Kinder werden durch unsere Alterseinkommen nicht überfordert werden.

Das heißt: Meine Generation im Umfeld, natürlich auch Jüngere und Ältere, haben den Generationenvertrag im Bezug auf die Altersvorsorge in zweierlei Weise eingehalten. Sie haben Kinder gehabt, und sie haben auch Kapital gebildet. Aufbauend auf der Leistung unserer Eltern, die ja im wesentlichen diejenigen waren, die unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg das Land wiederaufgebaut haben, haben wir eine eigene Vermögensbildung aufgebaut. Damit haben wir sowohl den Anspruch der Altersvorsorge erfüllt, Kinder zu haben, die die Last später übernehmen können, wie der Notwendigkeit entsprochen, Kapital bereitzustellen, damit die Kinder ihrerseits ausreichend leistungsfähig und produktiv sein können. Nun kann man die Altersfürsorge, die in jedem Rentensystem enthalten ist, auf verschiedene Weise organisieren. Unser heutiges System ist im wesentlichen, wie wir alle wissen, ein Umlagesystem. Aus dem jeweils erzeugten Einkommen wird das Alterseinkommen abgezweigt. Dies erfolgt im wesentlichen durch Beiträge, zunehmend allerdings auch durch Steuern. Die heutige Rentenversicherung wird bereits etwa zu einem Drittel durch Steuern finanziert. Wir haben also gar keine reine beitragsfinanzierte Rente mehr. Nun wird das immer mit versicherungsfremden Leistungen begründet. Ich will das nicht vertiefen, sondern den Irrtum, daß das dauerhaft so bleiben werde, beseitigen. Die versicherungsfremden Leistungen, soweit sie aus dem Zweiten

Weltkrieg stammen, werden in den nächsten Jahren praktisch gegen Null gehen. Andere versicherungsfremde Leistungen werden noch diskutiert. Dazu gehört auch die Frage, ob die Finanzierung von Kindererziehungszeiten dieser Kategorie zuzurechnen ist.

Aber mit dem Steuerzuschuß sind wir längst an den Punkt gekommen, wo die versicherungsfremden Leistungen, selbst wenn man sie großzügig definiert, abgedeckt werden, so daß wir zunehmend in ein Mischsystem hineinwachsen. Da wir jetzt auch in der Bundesrepublik über weitere steuerliche Entlastungen der Rentenversicherung reden, um die Beiträge konstant zu halten, ist davon auszugehen, daß das System immer stärker ein Mischsystem wird.

Ich möchte hier nur darauf aufmerksam machen, daß mit dieser Tendenz verfassungsrechtlich äußerst interessante Fragen auftauchen. Eine davon ist die, warum Selbständige mit geringem Einkommen eine volle eigene Alterssicherung finanzieren müssen, obwohl sie mit ihren Steuerleistungen zu einem Drittel oder mehr an der Finanzierung der Renten von Rentenberechtigten beitragen. Aber ich will das hier nicht vertiefen. Nur, daß diese Frage auf uns zukommt, daran habe ich keinen Zweifel. Der Generationenvertrag, der uns interessieren muß, ist der Generationenvertrag zwischen meinen Kindern und meinen Enkeln. Ich sage das jetzt sehr praktisch. Meine Kinder haben eine Lebenserwartung bis 2040/50 und meine Enkel dann eben eine Lebenserwartung bis 2075/80. Sie kommen also mitten in die Probleme, die wir eben vorgestellt bekommen haben. Unbestritten ist inzwischen, daß die Bruchstellen bei der demographischen Entwicklung in Deutschland in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren auftreten. Dann beschleunigt sich das Altern der Bevölkerung, die Relationen zwischen Jung und Alt verändern sich. Ich möchte mich nun, was den Generationenvertrag angeht, nicht mit der Formel »Solidarität oder Konflikt« zufriedengeben, weil ich nicht glaube, daß diese Formel die Alternativen wirklich erschöpft. Wir können aber davon ausgehen, daß die demographische Entwicklung sehr langfristig verläuft und daß es deshalb illusionär wäre, kurzfristige Veränderungen zu erwarten. Abgesehen davon ist es fraglich, ob die Politik solche in einer offenen Gesellschaft überhaupt bewirken kann, es sei denn durch außerordentlich hohe Anreize. Die Anreize in der DDR waren zum Beispiel nicht nur ökonomisch.

Ohne eine Familie zu gründen und Kinder zu haben, bekam man keine Wohnung.

Das ist natürlich eine sehr drastische Form der Beeinflussung des regenerativen Verhaltens der Bevölkerung. Die Folge war, daß das durchschnittliche Erstgeburtsalter der Frauen in der DDR 21 war, während es bei uns bei 27 Jahren lag. Als die Wiedervereinigung kam, haben sich die Frauen in der

DDR sehr schnell an das durchschnittliche Erstgeburtsalter der Frauen in der Bundesrepublik Deutschland angepaßt. Das hatte wiederum zur Folge, daß die Geburtenrate auf statistische 0,8 Kinder pro Frau im gebärfähigen Alter zurückgegangen ist. Ich möchte jetzt, obwohl wir schon einiges dazu gehört haben, noch wenige Graphiken zur demographischen Entwicklung zu Hilfe ziehen, um uns daran zu erinnern, was wir beim Generationenvertrag zu beachten haben, damit es kein Konfliktverhältnis wird. Ich werde hierbei die demographische Entwicklung in Deutschland und in Europa darstellen. Sie können der Graphik 1 entnehmen, daß in Deutschland der Geburtenrückgang sehr viel früher einsetzt als im Durchschnitt in der EU. Dann kommt die Zuwanderung, die die Zahl der Geburten wesentlich erhöht, also gewissermaßen korrigierend einwirkt. In Zukunft geht in Deutschland wie in Europa die Geburtenrate zurück – die Zahlen sind im wesentlichen die gleichen, wenn auch unter etwas anderen Gesichtspunkten dargestellt –, die demographische Entwicklung wird in der hier gezeigten Weise verlaufen.

Auf Graphik 2 können wir die Geburtenrate noch einmal sehen, insbesondere auch im Zusammenhang mit der sog. bestandserhaltenden Geburtenrate, das sind 2,1 Kinder pro gebärfähige Frau. Sie sehen, die ist sowohl in Deutschland wie in der EU abgestürzt. Ich lege das deshalb noch einmal auf, weil wir nämlich nicht nur für Deutschland einen Einwanderungsbedarf haben, sondern für ganz Europa. Er kommt zwar mit einer gewissen Verschiebung, aber doch letztlich in der gleichen Grundtendenz. Das stellt uns, was die Einwanderungsproblematik angeht, vor noch ganz andere Probleme, die im übrigen zunehmend auch in den anderen europäischen Ländern erkannt werden. Die Graphik 3 befaßt sich mit der Altersstruktur in Deutschland und in der Europäischen Union. Der untere Rand des Schraffierten ist die Linie Deutschland, das andere ist Europa. Sie sehen daran noch einmal in einer etwas anderen Darstellungsform die Umkehr des Verhältnisses der Erwerbsbevölkerung von 20 bis 59 im Verhältnis zu den jüngeren und zu den älteren Bevölkerungsteilen. Ich will es einmal in Zahlen ausdrücken: Als mein Ältester Anfang der 50er Jahre geboren wurde, lag der Anteil der unter 20jährigen in Westdeutschland bei etwa einem Drittel und der Anteil der 60jährigen und älteren bei etwa einem Sechstel der Gesamtbevölkerung. Im Jahre 2050 wird sich dieses Verhältnis genau umgekehrt haben. Der Teil der Älteren wird ein Drittel betragen und der Teil der Jüngeren ein Sechstel. Sie sehen, daß auch das in Europa relativ simultan verläuft.

Ich habe immer die Europazahlen hinzugenommen, weil wir uns ja politisch gewollt auf eine Situation zubewegen, wo alle wesentlichen Fragen, die die europäischen Länder betreffen, mehr oder weniger einheitlich oder zumindest im Konsens miteinander geregelt werden müssen. Die demogra-

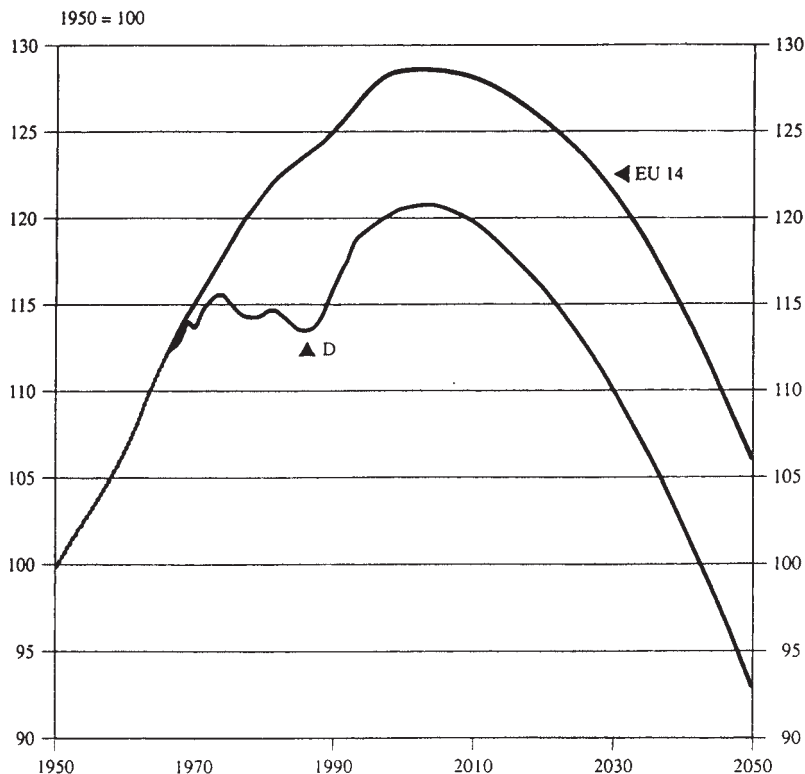
Grafik 1

Jahrhundertwende – Bevölkerungswende

Turn of the century – turn in population

Bevölkerung in Deutschland und der übrigen EU 1950–2050

population in Germany and the rest of the EU 1950–2050



ab 1998 Modellrechnungen; frühere Jahre teilweise geschätzt

Quellen: Statistisches Bundesamt, Eurostat, IWG BONN

since 1998 projections; former years partly estimated

sources: Statistisches Bundesamt, Eurostat, IWG BONN

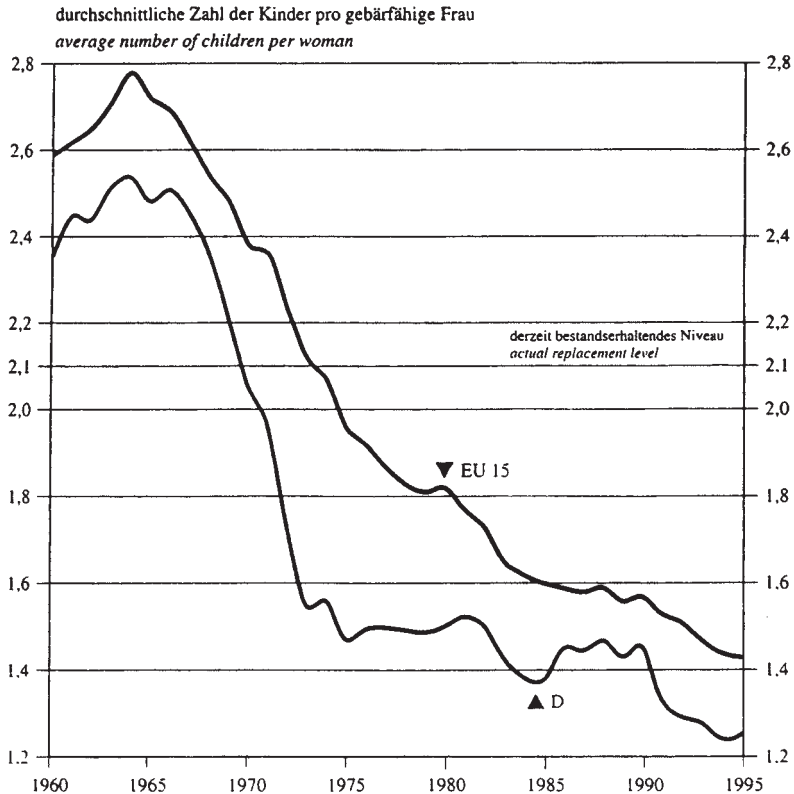
Grafik 2

Ein Kind, kein Kind – der europäische Trend

One child, no child – the European trend

Geburtenrate in Deutschland und der EU 1960–1995

birth rate in Germany and the EU 1960–1995



Quellen: Statistisches Bundesamt, Eurostat

sources: Statistisches Bundesamt, Eurostat

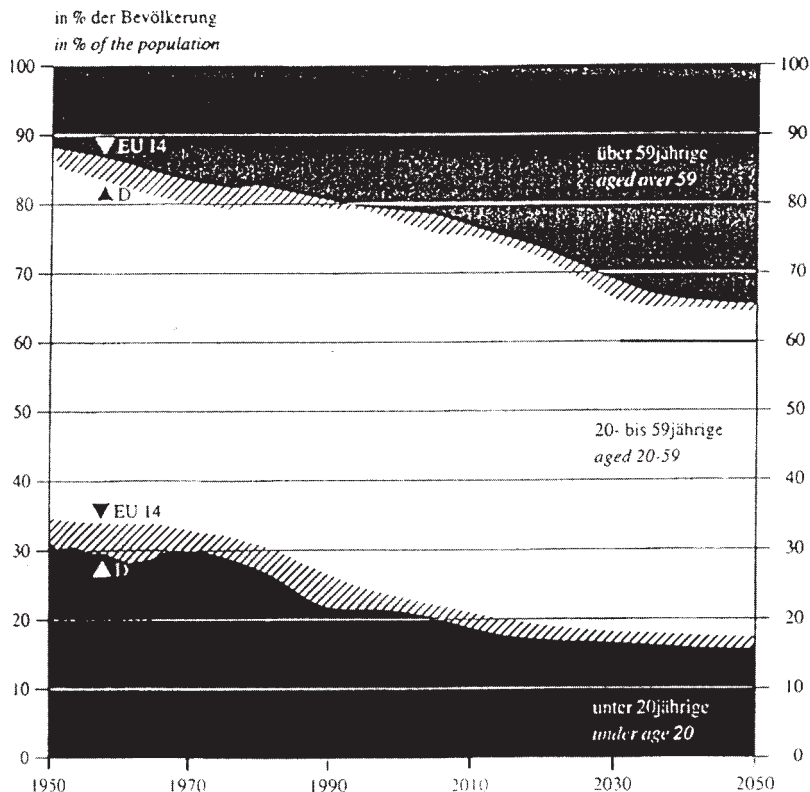
Grafik 3

Wenig Junge – viele Alte

Few young – many old

Altersstruktur in Deutschland und der übrigen EU 1950–2050

age structure in Germany and the rest of the EU 1950–2050



ab 1998 Modellrechnungen; frühere Jahre teilweise geschätzt

Quellen: Statistisches Bundesamt, Eurostat, IWG BONN

since 1998 projections; former years partly estimated

sources: Statistisches Bundesamt, Eurostat, IWG BONN

phische Frage und die damit verbundene Einwanderungsproblematik ist eine der zentralsten überhaupt, weil sie uns vor die Frage nach einer Veränderung unserer Kulturlandschaft stellt. Die soziokulturellen Bedingungen in einer Stadt ändern sich natürlich, wenn in dieser Stadt 50 Prozent der Bevölkerung aus nichteuropäischen Ländern stammen.

Graphik 4 stellt die Jugend und Alterslast noch einmal für Deutschland und Europa dar. Die blaue Linie zeigt: Auf 100 20- bis 59jährige kommen am Anfang dieser Kurve in Europa etwa 65 unter 20jährige, am Ende der Kurve in Europa etwa 35 unter 20jährige, in Deutschland sind es 30, ausgehend von 55. Auch da ist in beiden Fällen die Umkehr des Verhältnisses sichtbar. Die gepunkteten Linien betreffen die über 59jährigen. Das ist also die sog. Alterslast an der Erwerbsbevölkerung und die Alterslast der Erwerbsbevölkerung. Sie wächst schon in der Zeitspanne bis 2050 in der deutschen Bevölkerung auf über 70. Wenn ich nun davon ausgehe, daß nicht alle von 20 bis 59 erwerbstätig sind, sondern nach den heutigen Formeln etwa 65 bis 70 Prozent, dann bedeutet das, daß auf einen Erwerbstätigen in diesem Prozeß dann ein alter Mensch kommt. Dieser Prozeß ist also in vollem Gange.

Ich möchte jetzt keine weiteren Aussagen zur demographischen Entwicklung machen. Wir haben viel davon gehört. Ich möchte mich insbesondere nicht zu den Fragen äußern, ob eine solche Gesellschaft vergreist, oder ob sich das Verhalten der alten Menschen verändert und wie sich das Verhalten der alten Menschen zueinander gestaltet. Es ist aber vorhersehbar, daß dann, wenn das Durchschnittsalter und damit die Lebenserwartung weiter steigt, auch ein wesentlicher Teil der Betreuung der ganz Alten von den Alten geleistet werden muß. Wenn es also bei der gegenwärtigen Dauer des Arbeitslebens bleibt, werden wir ein Generationsverhältnis in dem Teil der Bevölkerung bekommen, der nicht mehr beschäftigt ist. Was zur Folge haben kann, daß die 60 bis 70jährigen die 85 bis 95jährigen zu pflegen haben werden. Daß die Zahl dieser sehr alten Menschen ständig zunimmt, haben wir ja in mehrfacher Weise eindrucksvoll gehört.

Nun wird aber das Alterssicherungssystem nicht nur durch die demographische Entwicklung beeinflusst, sondern vor allen Dingen auch durch das Arbeitsleben, denn wir finanzieren ja unsere Alterseinkommen zur Zeit durch Beiträge aus Arbeit. Es ist also ganz entscheidend für die Zukunft unserer Alterssicherungssysteme, ob die Arbeitsstunden, die wir im Jahr in Form von Erwerbsarbeiten, also bezahlter Arbeit, erbringen, in dem Sinne leistungsfähiger werden, daß sie die höheren Lasten tragen können. Die Frage ist nicht mehr so furchtbar umstritten. Wenn wir unsere gegenwärtige Struktur der Arbeitsmärkte, der Steuern und Beiträge beibehalten, dann ist davon auszugehen, daß die Zahl der gearbeiteten Arbeitsstunden im Jahr zurückgeht und das Bruttoinlandprodukt gleichzeitig steigt.

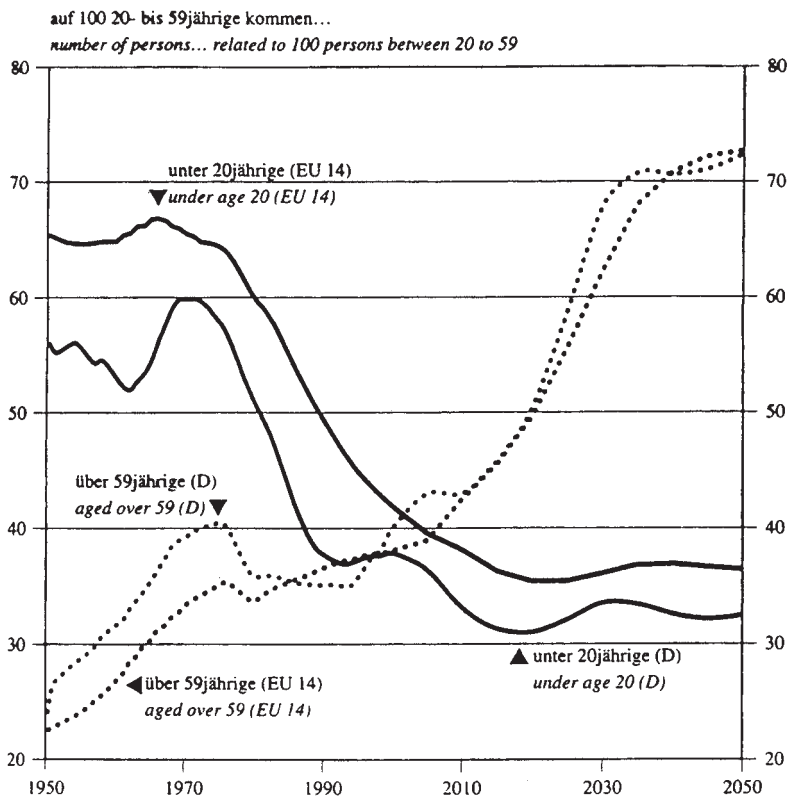
Grafik 4

Schmalere Schultern – schwerere Lasten

Narrower shoulders – heavier burdens

Jugend- und Alterslastquote in Deutschland und der übrigen EU 1950–2050

Young and old age dependency ratio in Germany and the rest of the EU 1950–2050



ab 1998 Modellrechnungen; frühere Jahre teilweise geschätzt

Quellen: Statistisches Bundesamt, Eurostat, IWG BONN

since 1998 projections; former years partly estimated

sources: Statistisches Bundesamt, Eurostat, IWG BONN

Dies verdeutlicht Graphik 5, die jetzt nur auf westdeutschen Daten basiert, weil Ostdeutschland nicht integriert werden kann. Die oberste Kurve zeigt uns den Anstieg des Bruttoinlandprodukts, immer ausgehend von der Basis 1970 = 100. Sie sehen, das reale Bruttoinlandprodukt steigt relativ gleichmäßig an auf etwas über 170 Prozent, real wohlgemerkt. Die beiden untersten Linien stellen die effektive Arbeitszeit pro Erwerbstätiger und das Gesamtarbeitsvolumen dar, das geleistet worden ist pro Kopf der Bevölkerung, also demographisch bereinigt. Beide Linien fallen.

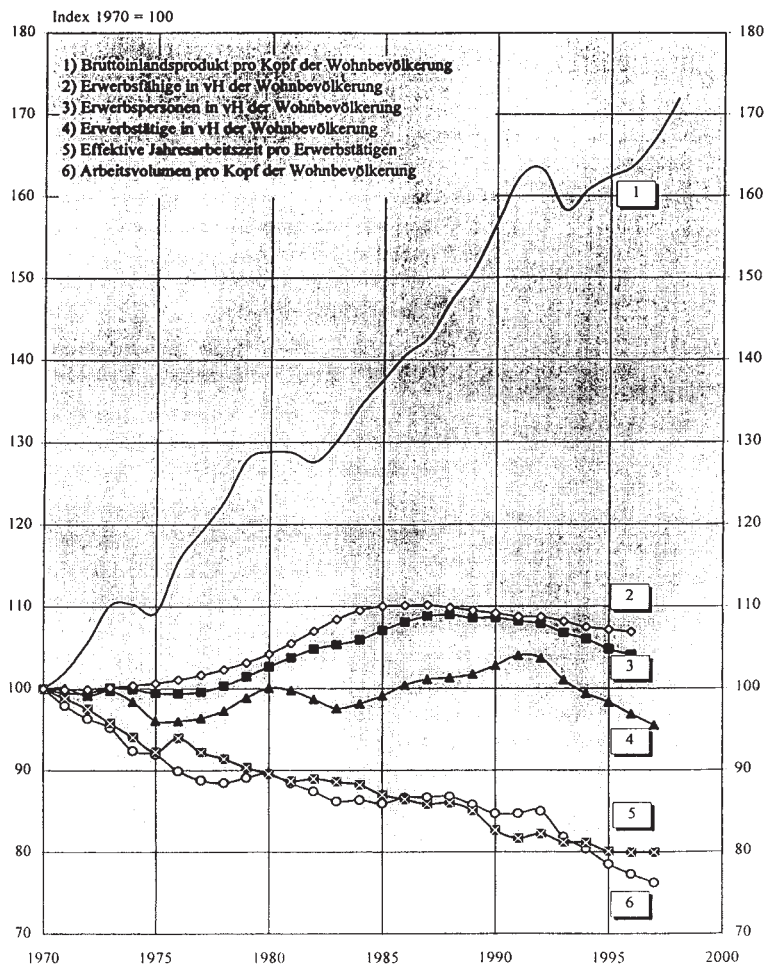
Das Ergebnis ist deutlich: Wegen des enormen Anstiegs der Stundenproduktivität der Arbeit in Deutschland von 1970 bis heute könnten wir heute das Bruttoinlandprodukt von 1970 mit exakt 50 Prozent der Arbeitszeit erstellen, die wir 1970 dafür gebraucht haben.

Das heißt aber auch: Wenn die Arbeitsstunden - das Arbeitsvolumen wird ja in Arbeitsstunden gemessen – trotz steigenden Wohlstands zurückgehen und die Altenlast steigt, dann steigt die Altenlast pro Arbeitsstunde. Aber nur dann, wenn man die Altenlast über die Arbeit finanziert. Das ist ja auch genau das Problem, vor dem wir jetzt stehen. Wir versuchen zwar pragmatisch, aber noch sehr wenig systematisch, Wege zu finden, wie man zum Beispiel durch Verlängerung der Lebensarbeitszeit oder durch Umverlagerung auf Steuern dieses notwendige Ansteigen vermeiden kann. Die Veränderungen, die hier deutlich geworden sind, die wachsende Produktivität, aber geringeres Arbeitsvolumen trotz stark ansteigendem Bruttoinlandprodukt – möchte ich Ihnen noch an einer weiteren Graphik zeigen und dann zu einigen Schlußfolgerungen kommen. Aus der Graphik 6 können Sie die Reaktion des Arbeitsmarktes auf dieses Phänomen ablesen. Nochmal zur Erinnerung: Das Bruttoinlandprodukt steigt stark an auf etwas über 170 real, indiziert auf 1970 = 100, die Beschäftigung, das Arbeitsvolumen pro Kopf der Bevölkerung, nimmt ab. Der Arbeitsmarkt reagiert durch Fragmentierung. Der Anteil der sog. Normarbeitsverhältnisse, also auf Dauer angelegte Vollzeittätigkeit in ungekündigter Stellung, geht zurück von 83 Prozent auf 66 Prozent aller Beschäftigten. Die Teilzeittätigkeit – befristete Beschäftigung, sozialversicherungspflichtige Teilzeittätigkeit, ausschließlich geringfügige Beschäftigung ganz oben – ist der Sektor mit dem größten Wachstum. Alles das nimmt zu. Wenn wir diese Kurve nach hinten verlängern würden bis zum Jahr 1950, würden wir sehen, daß 1950 98 Prozent aller Arbeitsverhältnisse Normarbeitsverhältnisse waren. Diese Fragmentierung gab es überhaupt nicht.

Es ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, daß die Normarbeitsverhältnisse weiter abnehmen werden. Ich kann das nicht alles durch Graphiken darstellen, weil wir dann zu sehr in den Arbeitsmarkt kommen, doch ich möchte Sie nur noch auf Folgendes aufmerksam machen:

Grafik 5

Schaubild 1: Wirtschafts- und Arbeitsmarktindikatoren für Westdeutschland 1970–1997



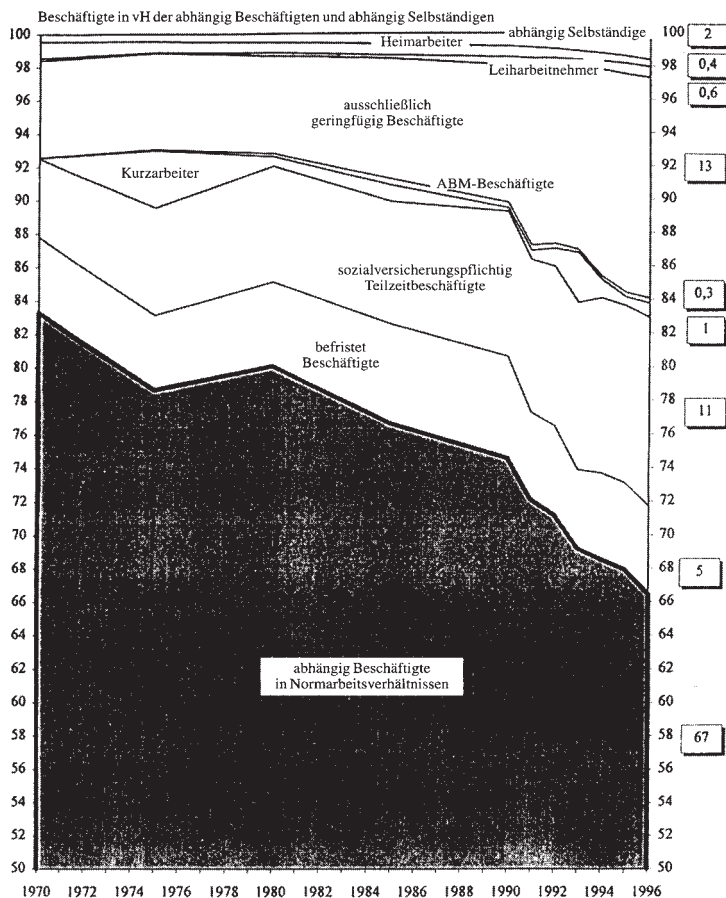
1997 geschätzt

Quellen: IAB, Sachverständigenrat, OECD, eigene Berechnungen

Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen

Grafik 6

Schaubild 9: Abhängig Beschäftigte in Norm- und Nicht-Normarbeitsverhältnissen in Westdeutschland 1970–1996 (bis 1990 Fünf-Jahres-Schritte)



Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte um Überschneidungen mit anderen Beschäftigungsformen bereinigt. Summe wegen Rundungen größer 100. Schätzungen: abhängig Selbständige alle Jahre vor 1995, geringfügig Beschäftigte 1970–1985, befristet Beschäftigte 1970–1980, soz. Teilzeitbeschäftigte 1970.

Quellen: Buch, H./Rühmann, P. (1996); Bundesanstalt für Arbeit, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen und Schätzungen

Graphik 7 zeigt das ständige Anwachsen der Kapitalintensität von Arbeitsplätzen. Hier ist die Kapitalausstattung je Erwerbstätigen in Westdeutschland, in Japan und in den Vereinigten Staaten dargestellt. Sie sehen, die Kapitalausstattung ist in Westdeutschland am intensivsten. Das verdeutlicht die Kurve, die am weitesten nach oben geht, nämlich auf 200.000 Mark je Erwerbstätigen. Hier sind alle Erwerbstätigen eingeschlossen. Warum ist das so? Wir haben uns in Deutschland in der Nachkriegszeit durch die Tarifpolitik, durch die Beitrags- und Steuerpolitik dafür entschieden, eine Entwicklung zu fördern, die auf hohe Einkommen, hohe Abgaben und Steuerleistungsfähigkeit gerichtet war. Das löste diese Kapitalintensität aus, mit der die Wirtschaft auf ein allgemein vorgegebenes Ziel reagiert hat. Das hat jetzt gar nichts mit subjektiver Einstellung zu tun, sondern das ist eine ganz normale Reaktion, die die Gewerkschaften genauso hatten.

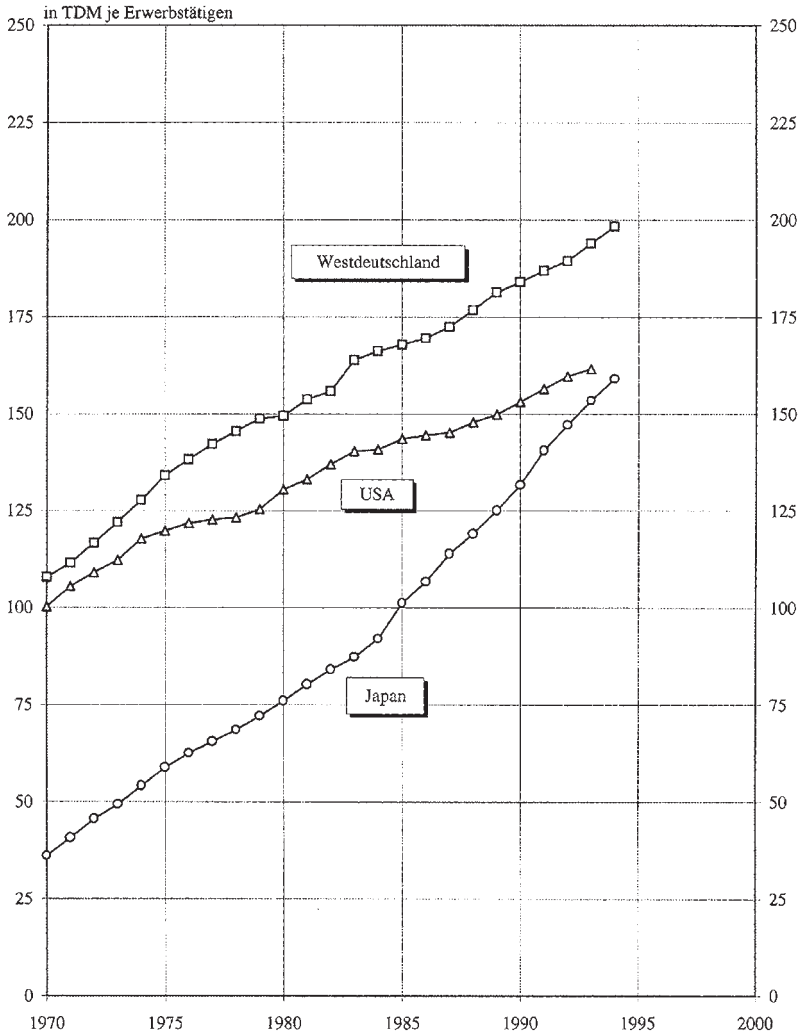
Überall, wo Sie dies jetzt nachverfolgen, wird sich zeigen, daß die Deutschen von ihrem Bruttoinlandprodukt weniger konsumiert haben als die anderen Europäer, dafür aber mehr Kapital gebildet haben. Die Deutschen waren in den Investitionen mit wenigen Ausnahmen fast immer führend, das ist das Ergebnis. Das bedeutet aber, daß wir eine ganz bestimmte Struktur des Arbeitsmarktes entwickelt haben, die dazu geführt hat, daß das untere Segment der sog. einfachen Tätigkeiten immer mehr aus dem Erwerbsleben verschwunden ist. Dieses Verschwinden war nicht nur ökonomisch bedingt, sondern wir haben dafür, wenn man so will, auch einen gewissen ideologischen Überbau geschaffen. Wir haben nämlich gesagt, einfache Tätigkeiten sind auch nicht menschenwürdig. Es sei denn, die einfachen Tätigkeiten lassen sich mit Uniformen oder mit sonstigen Symbolen verbinden, aus denen die Menschen dann das Prestige ableiten, das ihnen der Arbeitsplatz als solcher nicht vermittelt. Das ist in der Tat zu beobachten.

Wir haben das Problem anders gelöst als die Amerikaner. Die Amerikaner sagen: Jeder, der seinen Lebensunterhalt verdient, gleichgültig womit, verdient Anerkennung. Wir sagen: Die Anerkennung leitet sich nicht nur aus dieser ökonomischen Tätigkeit ab, sie muß irgendwo in der Gesellschaft sozial verortet sein. Diese soziale Verortung kann man eben nicht nur durch die Arbeit nachweisen, wenn sie einfach ist, sondern es gehört noch etwas anderes dazu.

Interessanterweise gelten dieselben strengen Bewertungsmaßstäbe für die Schattenökonomie nicht. Wenn man nun die Entwicklung der Schattenökonomie in Deutschland in diese Betrachtung einbezieht, dann wird man die interessante Feststellung machen, daß die Tätigkeiten, die in den Vereinigten Staaten zu einer geringeren Arbeitslosigkeit beitragen, in Deutschland im wesentlichen in der Schattenökonomie angeboten werden. Nach den Schätzungen der Bundesbank und des Statistischen Bundesamtes be-

Grafik 7

Schaubild 21: Kapitalausstattung je Erwerbstätigen in Westdeutschland, Japan und den USA 1970–1994



Kaufkraftparitäten des Bruttokapitalstocks und Preise von 1990; Kapitalstock ohne Wohnungsbestand und Hersteller staatlicher Dienstleistungen sowie ohne öffentlichen Tiefbau
 Quellen: OECD, eigene Berechnungen

trägt der Beitrag der Schattenwirtschaft in Deutschland gegenwärtig etwa 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dabei handelt es sich überwiegend um Dienstleistungen, denn Warenaustausch ist in der Schattenökonomie fast unmöglich, außer in Grenzgebieten, wo getauscht wird, aber das ist zu vernachlässigen.

Wenn Sie dann ein angemessenes Einkommen aus Schattenökonomie berücksichtigen und dies im wesentlichen auf die Dienstleistungen projizieren, die die meisten von uns kennen, weil wir in irgendeiner Form von der Schattenökonomie Gebrauch machen, dann werden Sie feststellen, daß das ungefähr 12 Mio. Halbtagsstätigkeiten sind, die hier ausgeübt werden. Selbst bei Unterstellung schwierigster Abgrenzungsschwierigkeiten ist es ganz offensichtlich, daß sich ein Teil des Arbeitsmarktes aus der Legalität verabschiedet hat und damit auch aus dem Zugriff für Beiträge und Steuern. Und das muß uns die größte Aufmerksamkeit abverlangen, denn eines ist ganz sicher: In einer offenen Gesellschaft wie der deutschen ist es trotz immer wieder erklärter politischer Intention nicht möglich, diese Phänomene ohne die Veränderung ihrer Ursachen zu unterdrücken oder zu beseitigen. Die Bürokratien werden immer die Verlierer sein. Solange die Ursache für diese Verhaltensweise selbst nicht angegangen wird, werden die Leute immer Wege finden, den bürokratischen Interventionen dagegen ein Schnippchen zu schlagen.

Ich möchte damit zum Ausdruck bringen, und jetzt komme ich zurück zum Generationenvertrag, daß wir bei den Überlegungen über die zukünftige Entwicklung nicht nur die Demographie sehen dürfen. Wir müssen auch den Arbeitsmarkt sehen. Wenn wir zu dem Ergebnis kommen, daß der Arbeitsmarkt sich in einer anderen Weise entwickelt als man das bei der Schaffung des gegenwärtigen Rentensystems vorausgesetzt hat, dann kann man das Rentensystem so nicht beibehalten, weil sich seine Geschäftsgrundlage geändert hat. Es ist meine Überzeugung, die ich seit vielen Jahren vortrage, daß sich sowohl die demographische wie die arbeitsmarktpolitische Geschäftsgrundlage der 50er und 60er Jahre dramatisch verändert haben. Wenn dem so ist und das System auf diese dramatische Veränderung nicht reagiert, werden die Leute es unterlaufen. Und es wird zunehmend Ungerechtigkeiten produzieren oder zumindest Widersprüchlichkeiten.

Damit gefährden wir die Legitimationsbasis des Systems im materiellen Sinn, nicht im juristischen. Und wenn die Legitimationsbasis eines auf Umverteilung und durch Beiträge begründeten Systems einmal gefährdet ist, dann kann ich mich auf den Generationenvertrag und auf seine Einhaltung auch nicht mehr verlassen. Um es ganz praktisch zu sagen: Wenn die Dinge so bleiben wie sie sind, werden meine Enkel meinen Kindern sagen, wir

denken gar nicht daran, die von Euch zu unseren Lasten begründeten Ansprüche einzulösen.

Wenn wir sehen, daß gut ein Drittel der Bevölkerung keine Nachkommen haben und das erst einmal so bleiben wird, wird die Generation meiner Enkel der Generation meiner Kinder sagen: Ihr habt Euer Geld nicht für eigene Kinder, dafür, sie großzuziehen, verwendet, sondern zur Verbesserung Eurer Lebensqualität. Ihr habt das Geld ausgegeben, konsumiert und im Grunde vom Kapital gelebt. Dieser Vorwurf würde nur dann nicht gelten, wenn die Kinder gegenüber den Enkeln nachweisen könnten, daß sie dieses Geld zur Kapitalbildung genutzt haben. Aber wenn wir einmal untersuchen, wie das Ausgabenverhalten der Bevölkerung aussieht, dann hat sich die Sparquote der Haushalte nicht wesentlich erhöht gegenüber den 60er, 70er und 80er Jahren, so daß ich annehmen muß, daß diese erhöhte Kapitalbildung so nicht stattgefunden hat.

Damit komme ich zu einer Konfliktlage aus subjektiven Gründen. Die Generation meiner Kinder kann sich nämlich gegenüber meinen Enkeln nicht mehr auf die moralische Verpflichtung berufen, die dem Generationenvertrag zugrundeliegt, weil die Generation meiner Kinder diese Verpflichtung nicht erfüllt hat. Dadurch haben sie materiell das Recht eingebüßt, die Leistungen von den Enkeln zu verlangen, die meine Generation völlig zurecht von der Generation meiner Kinder verlangt. Das ist im Grunde der Sachverhalt.

Damit möchte ich zum dem dritten und letzten Punkt, nämlich der Finanzierung, kommen. Ich werde hier kein Modell vorschlagen und begründen, weil das den zeitlichen Rahmen sprengen würde. Aber ich möchte auf einige Grundelemente hinweisen, deren Verletzung jedes Modell zum Scheitern verurteilt. Neben der Demographie und der Entwicklung des Arbeitsmarktes muß eine dritte Dimension in das Generationenverhältnis aufgenommen werden, die Kapitalbildung. Es ist interessant und wichtig, um noch einmal zu der Umfrage durch DIE ZEIT zurückzukehren, die ich am Anfang erwähnt habe, daß Dreiviertel der jüngeren Befragten und gut die Hälfte aller Befragten den Wunsch äußern, selbst für die Alterssicherung Vorsorge treffen zu können und nicht Beiträge an ein großes System zu bezahlen. Das hat seinen guten Sinn. Denn andere Umfragen zeigen, daß ein immer kleinerer Teil der Bevölkerung glaubt, daß sie alles das, was sie in das System einzahlen, später einmal wiederbekommen werden. Hier wird ein Vertrauensschwund sichtbar und eine Verlagerung des Vertrauens weg von einem kollektiven System hin zur individuellen Vermögensbildung. Das ist ein guter Ansatz für eine Dreistufigkeit: Einmal eine Art Grundsicherung, zum zweiten die individuelle Gestaltung der Alterssicherung und zum dritten verlassen sich die Menschen zunehmend wieder auf ihre kleinen Lebenskreise,

wenn Sie so wollen, dezentralisieren sich die Altersprobleme und ihre Bewältigung. Ich habe ganz kurz bereits in einem anderen Zusammenhang angedeutet, daß das Einkommen eine notwendige, aber keineswegs eine ausreichende Vorsorge für das Alter ist. Das trifft insbesondere dann zu, wenn die Menschen älter werden und alleine leben. Die 35 Prozent, die keine Nachkommen haben, haben dann im Alter auch niemanden, der sich um sie kümmert. Wenn sie dann noch Singles waren, sind sie wirklich allein. Die Leistungen, die sie dann in Anspruch nehmen, sind Leistungen, für die sie bezahlen müssen. Da wird die Gemeinschaft nur in begrenztem Umfang bereit sein, über die Bezahlung solcher Leistungen die Alterseinkommen mittelbar wieder zu erhöhen. Man wird erhebliche Probleme bekommen, wenn man alles das kommerzialisieren will. Mit anderen Worten: Die nicht-kommerziellen Leistungen zwischen den Generationen, wobei sich das Generationenverhältnis ja bis in die Altersgruppe selbst verschieben kann, werden immer wichtiger werden. Dafür wird man Infrastrukturen brauchen. Die Bildung solcher Infrastrukturen muß ermutigt werden, zum Beispiel dadurch, daß Bürgerarbeit, ehrenamtliche Sozialarbeit oder eine vergleichbare Arbeit mit berücksichtigt wird als Arbeit im Sinne des Alterssicherungssystems. Denn die Familien- und Haushaltsarbeit macht in unserem Land stundenmäßig sehr viel mehr aus als die Erwerbsarbeit. Diese unentgeltliche Arbeit, die in erster Linie von Millionen von Frauen geleistet wird, findet im System keine Berücksichtigung, weil man nur entgeltliche Arbeit berücksichtigt. Dadurch werden die, die die nicht-entgeltliche Arbeit leisten, entmutigt. Diese Arbeit wird außerdem auch noch sozialpolitisch diskriminiert, obwohl sie nicht nur wesentlich zur Lebensqualität der Gesellschaft beiträgt, sondern als Familienarbeit für die Zukunft der Gesellschaft existentiell notwendig ist. Die Finanzierung wird vor allen Dingen dann, wenn man auch Nichterwerbsarbeit in das System einbezieht, in wachsendem Umfang durch Steuern gesichert werden müssen. Das gilt jedenfalls für die Grundausstattung. In dieser Umfrage, die ich zitiert habe, sagt man ja, daß auf jeden Fall jeder Mensch eine Alterssicherung haben muß, die etwa bei der Sozialhilfe liegt. Es darf ja niemand verhungern. Insofern haben wir längst eine Grundsicherung. Es besteht die Tendenz, im übrigen bei allen Parteien mehr oder weniger stark ausgeprägt, auf den Nachweis nach Bedürftigkeit bei Menschen über 65 Jahren zunehmend zu verzichten. Es würde also keiner die Veräußerung einer Eigentumswohnung, eines Hauses oder anderer Vermögenswerte, die nach unserer heutigen Auffassung fast schon zur notwendigen menschlichen Lebensqualität gehören, verlangen. Wenn ich aber auf die Bedürfnisprüfung nach 65 Jahren verzichte, habe ich eine aus Steuern finanzierte Grundsicherung in Höhe der Sozialhilfe, wenn jemand keine anderen Einkommen hat. Natürlich, wenn jemand höhere Ein-

kommen oder einen eigenen Rentenanspruch hat, dann steht das nicht zur Debatte.

Daß es eine solche Sicherung auch in Bezug auf die Fragmentierung des Arbeitsmarktes geben muß, ist ja offensichtlich. Wir führen jetzt eine Debatte über die Behandlung der geringfügigen Arbeitsverhältnisse - Sie haben ja an der Graphik gesehen, welche Bedeutung diese Beschäftigungsform bekommen hat.

Diese Debatte zeigt, daß ein Problem auf uns zukommt, weil mit dieser geringfügigen Arbeit zwar ein gewisses Einkommen erwirtschaftet wird, aber keine oder zumindest keine ausreichende soziale Sicherung im Alter gewährleistet ist. Alles zusammengekommen hoffe ich, daß es uns in den nächsten Jahren gelingt, die jetzt begonnene institutionelle Debatte zu beenden. Sie wird zur Zeit geführt, ohne daß genug untersucht wird, welche Grundlagen, Voraussetzungen und zukünftigen Entwicklungen zu beachten sind. Wir benötigen aber eine Verständigung über das, was sich mit großer Wahrscheinlichkeit in den nächsten 20 bis 25 Jahren vollziehen wird. Das ist zunehmend auch ein europäisches Problem. Denn die Arbeitsmarktentwicklung, die ich beschrieben habe, hat sich noch unter mehr oder weniger klassisch ökonomischen, das heißt nationalwirtschaftlichen Bedingungen vollzogen. Keiner von uns weiß, wie sich der Arbeitsmarkt im Euro-Land entwickelt. Keiner weiß, welche Konsequenzen es hat, wenn wir die Europäische Union ausdehnen. Mit Sicherheit hat es jedoch nicht die Konsequenz, daß der Umfang der hochbezahlten Arbeit in Deutschland zunimmt. Wenn man aber nur davon ausgehen kann, daß die Dinge weiter so verlaufen wie bisher, kommen wir an einen Punkt, wo das gegenwärtige System schlicht nicht mehr funktionsfähig ist. Ich will gar nicht sagen finanzierbar. Natürlich wäre es finanzierbar, wenn die Leute bereit wären, es zu bezahlen. Aber sie werden dazu nicht bereit sein, weil das System immer weniger plausibel sein wird. Nach meiner Überzeugung müssen wir uns deshalb zum einen über die voraussichtliche Entwicklung in den nächsten 15 bis 20 Jahren verständigen. Weitere Prognosen sind notwendig, aber nicht unmittelbar notwendig als Grundlage für eine gesetzgeberische Reform. Und wir müssen uns zum zweiten darüber verständigen, was wir wollen. Wollen wir an einer Alterssicherung festhalten, die den Lebensstandard gewährleistet, so wie er vor Eintritt in die dritte Lebensphase aussah? Oder wollen wir eine Alterssicherung, soweit sie kollektiv, das heißt gesamtstaatlich durch große Institutionen bereitgestellt wird, durch den Staat oder staatsähnliche Organisationen der sozialen Strukturen? Oder wollen wir sie so gestalten, daß wir eine wirkliche Dreistufigkeit bekommen, also eine Grundsicherung, die jedem zur Verfügung steht, der nützliche Beiträge zu unserer Gemeinschaft leistet, wobei man sich über Abgrenzungen streiten kann.

Die anderen sind dann auf die Sozialhilfe verwiesen. Die haben sie heute schon, auch wenn sie ihr ganzes Leben lang Faulenzer waren. Norbert Blüm hat als Einwand gegen eine Grundsicherung immer wieder vorgebracht, das würde auch Faulenzern helfen. Die Faulenzer erhalten die Grundsicherung heute auch schon. Ich finde, eine wohlhabende Gesellschaft wie die unsrige kann sich das auch leisten, denn so viele Faulenzer gibt es gar nicht. Wir sind zwar manchmal, wenn wir sehr fleißig sind, anderer Meinung, aber statistisch gesehen ist das nicht haltbar. Als zweites müssen wir die Frage klären, wie wir Raum schaffen wollen für private Vermögensbildung. Lassen Sie mich dazu zum Schluß in wenigen Sätzen sagen: Private Vermögensbildung bedeutet, daß der Einzelne oder Gruppen oder Finanzinstitutionen Kapital zur Verfügung stellen und zwar nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt. In diesem Zusammenhang zeigt sich, daß man die Leistungen von Ausländern für die eigene Altersversorgung auch ohne Einwanderung in Anspruch nehmen kann, indem wir ihnen dort, wo sie leben, Kapital zur Verfügung stellen, sie mit diesem Kapital arbeiten und für dieses Kapital eine Rendite erwirtschaften. Diese Rendite kommt uns in Form von Erträgen zugute. Wir können also in gewissem Umfang die Einwanderung in Deutschland, die notwendig ist, um Einkommen zu erzeugen mit dem Ziel, das Einkommen zu generieren, vermeiden. Das geschieht dadurch, daß wir der deutschen Bevölkerung in erheblichem Umfang die Möglichkeit geben, Kapital zu bilden. Dieses Kapital stellen wir einer Welt, die schon wegen des Wachstums der Weltbevölkerung einen riesigen Bedarf daran hat, zur Verfügung, natürlich unter entsprechenden Voraussetzungen. Aber interessanterweise werden diese Voraussetzungen in der Regel außerordentlich sorgsam eingehalten, zum Beispiel als Kapitalschutzabkommen. Auf diese Weise kann mit Hilfe des von der deutschen Bevölkerung bereitgestellten Kapitals ein Teil der demographischen Verschiebung kompensiert werden. Das geht aber nur, wenn die Politik die Kapitalbildung erleichtert, indem sie die Belastungen der Arbeitseinkommen durch Steuern und Abgaben verringert.

Wenn man dazu die Entwicklung des Realeinkommens in Deutschland betrachtet, muß man feststellen, daß die Realeinkommen in Deutschland seit Anfang der 80er Jahre nur noch ganz geringfügig gestiegen sind. Etwa 2 Prozent real. Alles andere ist durch Steuern und Abgaben abgeschöpft worden. Abgeschöpft wurde damit auch die Fähigkeit, Kapital zu bilden. Diese Fähigkeit muß man in gewissem Umfang wiederherstellen, und zwar möglichst bald. Längerfristig haben wir dann eine selbstverständlich zu garantierende Grundausrüstung einer Alterssicherung, die durchaus, wenn ich die heutigen Rentenerwartungen bei 37 Jahren im Durchschnitt betrachte, etwa 40 Prozent der Rentner ein besseres Renteneinkommen garantiert als sie es heute haben.

Darauf aufbauend kann eine Kapitalbildung erfolgen, die nach jeweiliger Leistung ein unterschiedliches Zusatzeinkommen gewährleistet, das ebenso sicher ist wie eine staatliche oder durch den Staat gestaltete Alterssicherung, die zunehmend auf Steuermittel angewiesen sein wird.

Wenn man die steuerlich finanzierte Seite vor Manipulation schützen will, dann muß man sie mit einem dynamischen Faktor versehen, der sich koppelt an der Entwicklung der Wirtschaft, und ihre Änderung von einer Zweidrittelmehrheit abhängig machen. Auf diese Weise kann man sicherstellen, daß sie nicht aufgrund kurzfristiger Überlegungen möglicherweise auch manipulativ verändert wird.

Das sind einige Anregungen, die ich Ihnen für die weitere Debatte mit auf den Weg geben möchte. Ich halte diese Debatte für unerläßlich, und ich halte ihre weitere Vertagung für unverantwortlich.

Vielen Dank.

Die Autoren dieses Heftes:

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf

Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

Julian von Landesberger

Waidmannstraße 4, 60596 Frankfurt a. M.

Prof. Dr. Hans Otto Lenel

Kupferbergterrasse 21, 55116 Mainz

Franziska Schobert

An den Drei Brunnen 47, 60431 Frankfurt a. M.

Fundstelle des Mottos: Sprüche in Prosa



Tagungseinladung

Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.

Badstraße 35, 73087 Bad Boll, Telefon (0 71 64) 35 73

Wie kommt das Neue in die Gesellschaft?

Tagung

vom 20.–21. November 1999
im Seminargebäude Bad Boll

**Achtung:
Neuer Termin!**

Samstag, den 20. November 1999

- 10.00 Begrüßung, Einführung in das Tagungsthema
- 10.15 Bewahrung und Erneuerung als Grundmotive gesellschaftlicher Entwicklung – Fritz Andres, Kirn
- 12.00 Mittagspause
- 15.00 Die Überwindung der Schule. Vom Lehrer als Anfänger auf immer höherem Niveau – Rüdiger Iwan, Schwäbisch Hall
- 18.00 Abendpause
- 20.00 Wie kommt das Neue in die Unternehmen? – Thorsten Schmidt, Uni Witten-Herdecke

Sonntag, den 21. November 1999

- 9.00 Föderalismus – Ursache für Reformstau oder Bedingung gesellschaftlicher Wandlungsfähigkeit – Eckhard Behrens, Heidelberg
- 10.30 Abschlußgespräch und Tagungsrückblick
- 12.00 Tagungsende

|| **Die für den 2.–3. Oktober 1999 vorgesehene Tagung zum Thema
»Reform des Förderalismus« muß leider ausfallen!** ||

Die Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst. Für nicht-verlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« erschienenen Beiträge kann angefordert werden.

Vierteljahresschrift »Fragen der Freiheit«

Herausgeber: Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.

Begründet durch Diether Vogel †, Heinz-Hartmut Vogel †,
Lothar Vogel †

Redaktion: Fritz Andres % Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.,
Badstr. 35, D-73087 Boll, Telefon (071 64) 3573
Fax (071 64) 70 34, E-mail info@sffo.de
Internet www.sffo.de

Preis: Jahresabonnement DM 50,—, sfr. 40,—, ö. S. 350,—,
Euro 25,—
Jahresabonnement für Schüler, Studenten und Auszubildende:
DM 30,—, sfr. 25,—, ö. S. 220,—, Euro 15,—
(einschließlich Versandkosten)

Einzelhefte: DM 10,— sfr. 8,—, ö. S. 70,—, Euro 5,— (zuzügl. Versandkosten)

Wer die steuerlich als gemeinnützig anerkannte Arbeit des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V. als *förderndes Mitglied* mit einem Mindestbeitrag von DM 125,—, sfr. 100,—, ö. S. 900,—, Euro 60,— pro Jahr unterstützt, wird über die Arbeitsergebnisse durch die regelmäßige, *unentgeltliche* Lieferung der »Fragen der Freiheit« informiert.

Sammel- jeweils für 1 Jahr DM 10,—, sfr. 8,—, ö. S. 70,—, Euro 5,—
mappen: zuzügl. Versandkosten. Abonnement möglich

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20011, BLZ 610 500 00
Raiffeisenbank Boll Nr. 482 999 004, BLZ 600 697 66

Postbank: Frankfurt am Main 26 1404-602, BLZ 500 100 60
Schweiz: Postscheckamt Bern 30-30 731/9